

II. DIE MILITÄRGOUVERNEURE UND DER AUFBAU DER LÄNDER

Im Sommer und Herbst 1945 stand die amerikanische Militärregierung vor der Aufgabe, die Verwaltung ihrer Zone wirksam zu organisieren. Dabei wurde sie im wesentlichen mit vier ineinandergreifenden Problemen konfrontiert: Effektivierung der Kontrollratsregierung durch deutsche Zentralverwaltungen, Abgrenzung und Zusammenarbeit mit den anderen Besatzungszonen (insbesondere der französischen), Bildung von deutschen Verwaltungseinheiten in der US-Zone und Bestimmung des politischen Charakters der Länder¹. OMGUS drängte auf die schleunige Reorganisation zumindest der technischen Reichs- und Wirtschaftsverwaltungen für alle vier Zonen und verfolgte zugleich im eigenen Bereich die Landesbildung, die durch die Reorganisation der regionalen Militärregierung eingeleitet wurde. Hauptschwierigkeiten waren die Abgrenzung der Ausdehnung und Zuständigkeiten der Bremer Enklave sowie die Bildung von Auffangorganisationen für die Gebietssplitter, die nach der Zonengrenzziehung im südwestdeutschen Raum anfielen. In diesen Fällen legte OMGUS das Schwergewicht auf wirtschaftlich lebensfähige Einheiten und die administrativen Bedürfnisse der Besatzungsmacht, wohingegen deutsche Landestradi-tionen und interalliierte Politik zurücktreten mußten.

Dorn war an der Reorganisation aller Länder der US-Zone beteiligt²; wir konzentrieren uns hier auf das württembergisch-badische Beispiel³. Die Franzosen hielten die Landeshauptstädte im Südwesten auch nach der Zonengrenzziehung besetzt und installierten dort Landesverwaltungen – den Rat der Ministerialdirektoren in Karlsruhe und die Landesdirektoren in Stuttgart – als Faustpfand für die Räumung der ihnen zugedachten linksrheinischen Provinzen durch die USA. Im Juli fand dann der Austausch statt, und regionale US-Militärregierungen zogen in Stuttgart und Karlsruhe ein⁴. Der badische Landesteil sollte von Stuttgart aus regiert werden, aber in Nordbaden konkurrierten zwei regionale Militärregierungen in Mannheim und Karlsruhe, sowie der französisch unterstützte Rat der Ministerialdirektoren und die im Landeskommis-särbezirk Mannheim von den Amerikanern eingesetzte und nach

¹ Vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, a. a. O., S. 59 ff.

² Für Bremen vgl. I. 5. Für Bayern und Hessen vgl. Anm. 39 zur Einleitung. Dorn war auch an der Gründung des Länderrats beteiligt; vgl. Gimbel, Besatzungspolitik, a. a. O., S. 61 f., und das Protokoll der ersten Sitzung im Anhang zu Anton Pfeiffer Jr.: Der Länderrat der amerikanischen Zone, jur. Diss., MS., München 1948. Dorn betonte dort das Bedürfnis nach einer leistungsfähigen Verwaltungskoordination auf deutscher Seite wegen des Flüchtlingszustroms und des Übergangs der Militärregierung zu indirekter Kontrolle.

³ Vgl. II. 3. 1 und 2.

⁴ Zu den sehr schwierigen Verhandlungen mit den Franzosen über die Zuweisung einer Besatzungszone angesichts französischer Forderungen nach den linksrheinischen Gebieten zuzüglich Baden, Württemberg und beträchtlicher Teile Hessens sowie der verabredungswidrigen Besetzung der Hauptstädte Badens und Württembergs durch die französische 1. Armee vgl. *Foreign Relations*, 1945 Bd. III, S. 222–363; Chandler, Eisenhower, a. a. O., Bd. IV, S. 2154 f., 2233, 2657 ff.; Forrest C. Pogue: *The Supreme Command*, Washington 1954, S. 459 ff.; Charles de Gaulle: *Memoires* 1942–46, Düsseldorf 1961, S. 438 f., 450 ff.; Eberhard Konstanzer: *Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg*, Stuttgart 1969, S. 14 ff.; Karl H. Neumayer: *Die Neugliederung des Bundesgebietes und das Land Baden, Tübingen* 1955, S. 20 ff.

Württemberg tendierende Regierung Holl. Nachdem Holl durch den ehemaligen badischen Staatspräsidenten Heinrich Köhler ersetzt war, verdrängte dieser die Karlsruher Landesverwaltung nach Freiburg, beanspruchte aber gleichwohl Einheit und Selbständigkeit für Baden⁵. Dieses Problem blieb lange in der Schwebe, weil die Zerteilung der beiden südwestdeutschen Länder durch eine willkürliche Grenze niemanden zufriedenstellte. Die Franzosen beanspruchten im Zuge ihrer erneuerten Rheinbundpolitik ganz Baden, entfalteten eine lebhaft propagandistische Selbständigkeit der einstigen deutschen Teilstaaten und suchten die deutsche Verwaltung durch Angebote – z. B. einer nur zurückhaltenden Entnazifizierung – für sich einzunehmen⁶. Das State Department war bereit, dieser Lösung entgegenzukommen, um den Weg für eine föderalistische Gliederung Deutschlands offen zu halten. Das US-Militär glaubte jedoch, die über Karlsruhe verlaufenden Autobahn- und Eisenbahnwege nach Bayern behalten zu müssen, weil es sonst Schwierigkeiten mit den unberechenbaren Franzosen befürchtete. OMGUS wollte die nordbadische Industrie und liberale Tradition nicht gegen das agrarische Südwürttemberg eintauschen. Exponenten wie Pollock gingen hier sogar bis zu dem Vorschlag, die Franzosen, welche die praktische Tätigkeit des Kontrollrats durch ihr Veto gegen deutsche Zentralverwaltungen obstruierten, ganz aus dem rechtsrheinischen Deutschland wieder zu verdrängen⁷. Da de Gaulle jedoch in beiden Fragen, die für seine zugleich gegen sowjetische und deutsche Ausdehnung gerichtete Sicherheitspolitik essentiell waren, vor dem amerikanischen Druck nicht zurückwich⁸, arrangierte man sich auf amerikanischer Seite mit dem Status quo und berief sich auf partielle Übereinstimmungen mit älteren Reichsreformbestrebungen zur Bildung zweier Länder im westlichen Distrikt der US-Zone⁹. Diese Politik wurde durch die Abberufung der regionalen Militärregierungen in Mannheim und Marburg eingeleitet und führte zur Vereinigung von Hessen-Nassau mit den amerikanisch besetzten Teilen von Kurhessen und des Landes Hessen zu „Großhessen“ sowie der badischen und württembergischen Gebietshälften in der US-Zone zu dem Land „Nordwürttemberg-Nordbaden“ und zur Festlegung des Landes Bayern unter Amputation des Landkreises Lindau und der bayerischen Pfalz¹⁰. Auch in der Frage der Bremer Enklave setzten sich Gesichtspunkte einer schnellen Effektuierung der Besatzungsverwaltung gegenüber denen einer deutschen Regionalreform durch. Nur die Vereinigung der hessischen Bezirke scheint von einer breiten Zustimmung der Bevölkerung – zumindest in Südhessen – getragen worden zu sein.

Nach der Bildung der regionalen Einheiten sollten diese politisiert werden, jedoch keineswegs im Sinne früherer amerikanischer Zergliederungswünsche oder des französischen staatenbündischen Plans. Clay kämpfte zugleich – schon um der wirtschaftlichen Verwaltung seiner Zone willen – um die Zentralverwaltungen und erhielt sogar

⁵ Ebd. sowie Josef Becker (Hrsg.): Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949, Stuttgart 1964, S. 42 ff.; (Anonym:) Baden 1945–1951, Was nicht in der Zeitung steht, Darmstadt 1951, S. 8 ff.; Eberhard Pikart (Hrsg.): Theodor Heuß, Aufzeichnungen 1945–1947, Tübingen 1966, S. 20 ff.

⁶ Vgl. II. 2 und II. 3.2; Konstanzer, a. a. O., S. 85.

⁷ Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 973 ff., 978 ff., 986 ff., 994 ff.

⁸ Vgl. das Gespräch des US-Botschafters Caffery mit de Gaulle vom 3. 11. 1945, in: ebd. S. 890 f.; A. W. DePorte: De Gaulle's Foreign Policy 1944–1946, Cambridge Mass, 1968, S. 192 ff.

⁹ Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 1025 und wie Anm. 7; vgl. II.3.3.

¹⁰ Proclamation Nr. 2, in: James K. Pollock/James H. Meisel (Hrsg.): Germany under Occupation, Ann Arbor 1. Aufl. 1947, S. 119.

die Genehmigung, mit den Briten und Russen gegen die Franzosen eine trizonale Zentralisierung vorzunehmen, die jedoch am russischen Mißtrauen, dies sei ein erster Schritt zur Aushöhlung des Potsdamer Abkommens, scheiterte¹¹. Die ambivalenten Bestrebungen um wirtschaftliche Zentralisierung und regionale Politisierung legten Adcocks Frankfurter OMGUS-Außenstelle (in der Dorn nun als Berater Adcocks wirkte) und den Landdirektoren die Aufgabe vor, aus den – außer in Bayern – künstlichen Verwaltungsregionen wirksame Landesverwaltungen zu bilden, deren politische Struktur als demokratisch-föderalistische Alternative gegenüber der britischen und vor allem der sowjetischen Zonenverwaltung Vorbildcharakter erhalten sollte. Durch eine schrittweise Delegation administrativer Zuständigkeiten an deutsche Landesregierungen sollte der amerikanische Besatzungs- und Kontrollapparat, der im Zuge der Demobilisierung schnell verkleinert wurde, entlastet werden und durch zentrale deutsche Stellen in den Ländern „indirect rule“ ausüben. Zugleich sollten Vorbedingungen für rechtsstaatliche Verhältnisse („rule of law“) und die Verfassungsgebung („responsible government“) gelegt werden. Führende Vertreter der Militärregierung wie Pollock, Dawson und auch Dorn vertraten dabei den Standpunkt, daß diesen liberalen Zielen wie auch den amerikanischen Interessen am besten gedient werde, wenn man Eingriffe auf dem Verordnungswege möglichst gering halte und durch informelle Kontrolle und Verhandlungen die Verantwortlichkeit der deutschen Regierungen stärke.

Der Vorwurf der Verantwortungsscheu, den dabei z. B. Pollock und Dorn mehrfach gegen die deutschen Regierungsvertreter erhoben¹², unterschlug jedoch deren besonders problematische Lage, denn ihrem leitenden Erziehungsziel ‚responsible government‘ legten die Amerikaner einen ganz formalen Begriff von Verantwortung zugrunde. Die Deutschen sollten ja nicht ihre eigenen Entscheidungen vor ihren Landsleuten verantworten, sondern von der Militärregierung präformierte vor den Amerikanern vertreten und nach außen als ihre eigenen erscheinen lassen. Insofern hieß in dieser Phase (und ihre Charakteristika überdauerten auch die ersten Landtagswahlen¹³) ‚responsible government‘ nicht die Einübung einer liberalen Demokratie, sondern die Mitwirkung an einer Liberalisierungsdiktatur.

Während in den Landesregierungen alle nicht-nationalsozialistischen politischen Kräfte vertreten sein sollten, um keine organisierte Gruppe in die Opposition gegen die Vermittlung der amerikanischen Politik durch die Landesregierungen zu entlassen¹⁴, sollte daneben von unten her eine Erziehung der Deutschen zur „Demokratie“

¹¹ Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 885 f. Der Länderrat war zunächst nur eine dilatorische Länderkoordinierung als Reaktion auf die sowjetischen und britischen zonalen Zentralinstitutionen und nahm eine festere Struktur erst an, nachdem Zentralverwaltungen auf der Ebene sowohl des Kontrollrats wie der Großen Drei gescheitert waren.

¹² II.1 und 2.

¹³ Vgl. John Gimbel: American Military Government and the Education of a New German Leadership, in: Pol. Science Quart. 83 (1968), S. 248 ff.

¹⁴ Diese Grundlage verband das kommunistische Konzept des Antifa-Blocks mit den ‚starren Koalitionen‘ der westlichen Besatzungszonen; während das erstere jedoch eine Reformdiktatur mit gesellschaftlicher Mobilisierung verbinden wollte, waren im zweiten durch eine schnelle Folge von Wahlen beide Ziele unvereinbar und die Koalition auf jene Zeit beschränkt, in der deutsche Stellen keine Entscheidungen von grundlegender Bedeutung fassen konnten. Durch Verbote von Antifa-Blöcken und Verwendung des Verhältniswahlrechts wollte die amerikanische Militärregierung die KPD isolieren. Vgl. Entwurf einer OMGUS Rundverfügung ‚Political Parties, Campaigns and Elections within the U. S. Zone‘ (undat. in Nachlaß Pollock, Mikrofilm Rolle 6, IfZG); R. H. Wells an P. Laukhoff vom 5. 10. 1945 (ebd. Rolle 4). Vgl. auch

treten, die deutlichere Akzente gegen Konservatismus und Kommunismus setzen konnte. Die Informationsabteilungen der Besatzungsmacht bedienten sich hier in der Anfangszeit überwiegend einer direkten oder gesteuerten Einflußnahme der Amerikaner auf die Deutschen und wollten auf der örtlichen Ebene durch Einrichtung von Bibliotheken (den späteren Amerikahäusern) und etwas gequälten überparteilichen Diskussionsveranstaltungen (den sog. Stadtforen) aufklären und ‚government by discussion‘ einüben¹⁵. Dorn hielt solche Bemühungen für ziemlich wirklichkeitsfremd. Sie seien – wie er an Bayern zu zeigen versuchte – der deutschen Gesellschaft aufgepfropft und übten keinen tieferen Einfluß aus, während sie die liberalen kulturellen Eliten in Deutschland nicht aus ihrer Isolierung herausrissen. Wollte man hier einen dauernden Einfluß gegen die konservativen Grundströmungen ausüben, so müsse man diese Eliten mobilisieren, sie unterstützen und ihre Wirkung institutionell absichern¹⁶. Schritte in diese Richtung autochthoner Aufklärung und Demokratisierung, die von der Militärregierung unterstützt und staatlich verankert werden sollten, verließen jedoch den liberalen Grundkonsens in der Militärregierung, der sich in den beiden Grundbegriffen Verfassungsstaat und Kapitalismus zusammenfassen läßt. Clay wollte die Medien in amerikanischer Hand oder in Privatbesitz sehen, aber – so Hoegner¹⁷ – „keine demokratische Erziehung durch den Staat“.

Während OMGUS keine Bedenken getragen hatte, die zeitlichen Vorteile der schnellen Reorganisationsmöglichkeit der Arbeiterbewegung durch die Verschleppung der Zulassung von Parteien und Gewerkschaften zunichte zu machen, und 1946 auch bald mit der Verdrängung der Kommunisten aus den Regierungen begann¹⁸, hatten die bürgerlichen Parteien selten unter direkten Eingriffen zu leiden. Bayern erlebte in dieser Phase zwei der spektakulärsten. Im September 1945 entließ Eisenhower auf Anraten Dorns den bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer wegen Ungehorsams gegen die Besatzungsmacht. In diesem Land, auf dem das Auge der US-Presse besonders ruhte und dessen Rekonsolidierung im Herbst 1945 am weitesten vorangeschritten war, hatte die bei den deutschen konservativen Verwaltungschefs verbreitete Obstruktion der amerikanischen Entnazifizierung besonderes Aufsehen erregt¹⁹. Für den Aufbau der CSU war diese Schlappe jedoch eher von Vorteil, da sie in einer Zeit chaotischer Bedingungen nicht mit der Verantwortung für eine wenig handlungsfähige Regierung belastet war und unter den Entnazifizierten Profil gewann. Wie bei allen bürgerlichen Parteien ging auch bei ihr der Parteiaufbau jedoch nur schleppend voran, obwohl die Kirche ihr jede Hilfestellung bot. Die größte Sorge um ihr Wachstum

zur Abgrenzung der Regierungstypen Dolf Sternberger: *Lebende Verfassung*, Meisenheim 1956, S. 43 ff.

¹⁵ Vgl. Franz B. Gross: *Freedom of the Press under Military Government in Western Germany*, Ph. D. Diss. MS., Harvard 1952, S. 46 ff., 91 ff.; Mary Handy: *The Development of American Policy toward Germany with Special Reference to the Field of Public Affairs*, Phil. Diss. MS., Heidelberg 1954, S. 233 ff., 303 ff.; Joseph Dunner: *Information Control in the American Zone of Germany 1945–46*, in: C. J. Friedrich and Ass., a. a. O., S. 276 ff.

¹⁶ Vgl. II. 4.

¹⁷ Hoegner, a. a. O., S. 290. Clay, a. a. O., S. 315.

¹⁸ Vgl. Niethammer, *Entnazifizierung*, a. a. O., S. 199 ff.; Eberhard Schmidt: *Die verhinderte Neuordnung 1945–1952*, Frankfurt 1970, S. 25 ff.; Dietrich Thränhardt: *Wahlen und politische Strukturen in Bayern*, phil. Diss. MS., Konstanz 1971, S. 231 u. ö.

¹⁹ *Erinnerungen und Notizen Dorns zu seiner Untersuchung der Regierung Schäffer und die Besprechung Eisenhower, Patton, Adcock und Dorn vom 28. 9. 1945*, in der die Ersetzung Schäffers durch Hoegner beschlossen wurde. Vgl. Anm. 39 zur Einleitung sowie *Foreign Relations*, 1945 Bd. III, S. 971 ff., 982 ff.

nahm ihr jedoch OMGUS durch ein ambivalentes Einschreiten gegen die Bildung einer liberalen Monarchistenpartei in Bayern, von der alle Beobachter glaubten, daß sie geeignet sei, das Bürgertum und die Bauernschaft in Bayern zu spalten²⁰.

II. 1 Militärgouverneure und deutsche Verantwortung [Erinnerungen]

Als ich die Stellung eines Beraters General Adcocks, damals Direktor von OMGUS [-Zone], übernahm²¹, war es eine meiner Aufgaben, durch die Zone zu reisen, um die Struktur der Militärregierung ebenso wie die deutsche Regierungsorganisation zu studieren und Empfehlungen zur Anpassung der US-Militärregierung an die jeweilige deutsche Regierung zu machen, denn es war von Anfang an klar, daß die Regierungen der einzelnen Länder sich in ihrer Struktur nicht vollkommen glichen. Bei diesen häufigen Besuchen lernte ich zunächst Oberst [Charles E.] Keegan und dann seine Nachfolger Oberst [Roy] Dalferes und General [Walter J.] Muller in Bayern kennen sowie Oberst [William W.] Dawson, den ich häufig bis zu seinem Tode 1947 [in Stuttgart] besuchte, Oberst [James B.] Newman in Wiesbaden und in Bremen Oberst [Bion C.] Welker und [später] Kapitän [Charles R.] Jeffs. Unter den dreien war der einzige wirkliche Armee-Offizier natürlich General Muller²². Oberst Newman war ein früherer West Pointer und kannte die Armee sicherlich besser, als es Oberst Dawson tat, der jedoch eine reiche und vielfältige Karriere in den Vereinigten Staaten als Anwalt, Schlichter zwischen den Sozialpartnern und Professor für Rechtswissenschaft an der Western Reserve University hinter sich hatte. Ein Mann mit großer politischer Erfahrung, einst Bürgermeister von Breckville, einer Vorstadt von Cleveland.

Die drei unterschieden sich sehr scharf, nicht nur in ihrer Persönlichkeit, sondern auch in der Art, wie sie ihre Militärregierungseinheit aufstellten und leiteten. General Muller war der frühere G-4 der 3. Armee, und als Nachschub-Offizier hatte er eine besonders reiche Erfahrung [in Militärverwaltungsfragen]. Verbindlich, klug und durchsetzungsfähig war General Muller gewiß, allerdings besaß er sicherlich kein tieferes Verständnis des spezifisch bayerischen Problems. Soviel ich weiß, war er nicht deutscher Abstammung. Bayern, größer als die anderen Länder der US-Zone zusammen, bot offenbar in der frühen Zeit das schwierigste Problem, und man kann von General Muller sagen, daß er es – trotz vieler Experimente – mit ziemlichem Erfolg angepackt hat. Die Militärregierung in Bayern mußte am Anfang natürlich weitgehend dezentralisiert werden. Muller unterhielt „F“-Detachments für den Regierungsbezirk in München wie auch in Augsburg, Würzburg, Regensburg [und Ansbach], denn es ging am Anfang um Angelegenheiten wie die Entlas-

²⁰ Ebd., 1946 Bd. V, S. 672 ff.; Ilse Unger: Die Bayerische Bewegung, M. A. These MS., Erlangen o. J. (1970), S. 34 ff., das Programm ist im Anhang wiedergegeben. Vgl. auch ‚Süddeutsche Zeitung‘ vom 1. 3. und 30. 4. 1946.

²¹ Anfang September 1945; vgl. Anm. 15 zur Einleitung.

²² Über die Vorgänger Mullers berichtet Dorn in seinen Erinnerungen an den Schäffer-Patton-Skandal: „Anfang September 1945 bestand in Bayern eine einzigartige Lage. Als Kommandeur der 3. Armee war General Patton Bayerns Militärgouverneur. Oberst Keegans Stelle [als Leiter der Landesmilitärregierung] war nach dessen Abreise nicht wieder besetzt worden. Deswegen war der G-5 der 3. Armee Oberst Dalferes zugleich Leiter der Militärregierung in Bayern. Zweifellos war Dalferes stark von Pattons Haltung gegenüber dem besiegten Deutschland im allgemeinen und der Entnazifizierung im besonderen beeinflusst. Die eigentliche Militärregierungseinheit für das Land Bayern war praktisch ohne Chef. Ihr Chef vom Dienst Oberst [Robert R.] Reese leitete sie in Wirklichkeit und übte unter der Kontrolle von Oberst Dalferes die meisten Funktionen des Militärgouverneurs aus. Die Leute in dieser Einheit waren sich nicht im klaren, ob nun Reese oder Dalferes ihr Chef sei.“ General Patton wollte Deutschland als Hilfstruppe für einen Vorstoß nach Osteuropa intakt halten und deshalb die Entnazifizierung bremsen.

sung von Nazis, die Fürsorge für die DP's; Versorgungs- und Transportfragen standen obenan. In Württemberg-Baden jedoch, das ein viel kleineres Gebiet war, war [diese Zwischenlösung] nicht gerechtfertigt. Jim Newman hatte Mittelinstanzen in Darmstadt, Kassel und eine Zeit lang in Fulda, aber nachdem die Regierung Groß-Hessens gebildet worden war, wurden diese Einheiten schrittweise vermindert²³.

[Bei der Führung der Landesmilitärregierungen] wurden zwei verschiedene Systeme angewandt, für die Dr. Newman und Oberst Dawson vielleicht die besten Beispiele bieten. Beide hatten ziemlich große Apparate. Newman arbeitete mit einer Art Fernsteuerung, während Dawson direkte Aufsicht führte.

Oberst Newman gewährte seinen Abteilungsleitern ein großes Maß an Unabhängigkeit, forderte von ihnen aber strenge Rechenschaft über die Bewältigung ihrer Aufgaben. Als früherer Armee-Offizier verstand er die Probleme einer Armeeverwaltung besser. [...] Er behandelte seine Offiziere sehr großzügig und ließ sie in angemessener Weise sowohl ihre Bedeutung als auch sein Vertrauen in sie spüren. Die Loyalität von Newmans Offizieren war stets besonders deutlich zu bemerken. Am Anfang hatte er einen sehr wirksamen Offizier in Oberst Stewart, der einen geradezu genialen Sinn fürs Detail hatte und wirklich Leistung aus seinen Offizieren herausholte. Ihm verdankte die hessische Militärregierung die bemerkenswerte Präzision, mit der sie arbeitete. Während sich Dawson sehr wenig gegenüber Journalisten äußerte, war Newman ständig in der Presse, übrigens ganz ähnlich wie Oberst [Frank] Howley²⁴. Denn Stuttgart lag zwischen zwei Zentren, Frankfurt/Wiesbaden auf der einen Seite und München auf der anderen. Alle Schwierigkeiten kamen aus München. Dawson beutete natürlich diesen enormen Vorteil aus. Zu ihm kamen sehr wenig Leute hinunter. Wenn die Zeitungsreporter nach Nazis, die noch an der Macht waren, suchten, fuhr sie gewöhnlich von Frankfurt nach München und unterbrachen ihre Reise nur sehr selten in Württemberg-Baden, so daß er verhältnismäßig frei von beständiger Zeitungspublizität war; aber wenn etwas anfiel, behandelte er Öffentlichkeitsfragen mit großer Diskretion und Klugheit. Newman in Hessen stand der Presse wesentlich näher. Das hatte seinen Grund auch darin, daß der ganze Zeitungsklub seine Büros in Frankfurt hatte und Wiesbaden nur 40 km entfernt lag, so daß sie häufig dort waren. In der frühen Zeit wurden noch viele Nazis entdeckt, und von Zeit zu Zeit rasselte Oberst Newman mit dem Schwert und drohte mit bewaffneter Intervention. Vielleicht tat er das ein bißchen mehr, als es notwendig gewesen wäre²⁵. Es war damals unmöglich, die Deutschen so gründlich durchzusieben, daß nicht Sympathisanten oder Frauen von Nazis in Stellungen bei der Militärregierung gelangten, denn wir hatten damals eine große Anzahl deutscher Angestellter. Newman wurde von mehreren derartigen Fällen betroffen, z. B. als ein Journalist in einem Lizenzierungsbüro [der Militärregierung] eine deutsche Frau aufspürte, die mit einem internierten Nazi verheiratet war und nun für den Verkehr dieses Amtes mit den Deutschen zuständig war. Eine vollkommen empörende Situation. Aber das konnte theoretisch natürlich überall passieren. Unglücklicherweise passierte es damals in Newmans eigenem Amt. Er handelte bei solchen Gelegenheiten allerdings dann sehr prompt. [...]

Oberst Dawson mit seiner langen Erfahrung in Regierung und Verwaltung hatte reflektierte Meinungen, ja geradezu eine Philosophie über die Hauptaufgabe der Militärregierung und wie sie am wirksamsten erfüllt werden könne. Am Anfang hatte Dawson, wie ich glaube, einen auffallenden Missionsgeist. Durch häufige Stabskonferenzen gelang es

²³ Der Länderbildung war eine Reorganisation der Militärregierungen auf Provinzial- und Regierungsbezirksebene im westlichen Militärdistrikt voraufgegangen. Als unwirksam oder disfunktional wurden dabei zwei badische und zwei nordhessische Teams aufgelöst und die Einheit, die in Neustadt eine Regierung für den 'Gau Westmark' aufgebaut hatte, nach der Abgabe dieses Gebiets an die Franzosen als Landesmilitärregierung nach Wiesbaden transferiert, worin nach und nach die Detachments für Hessen-Nassau und Starkenburg aufgingen.

²⁴ Kommandant des US-Sektors von Berlin.

²⁵ Zu seinen Meinungen zur Entnazifizierung vgl. z. B. News of Germany vom 25. 8. 1945.

ihm, seine Einheit durch seine Führung zu inspirieren. Auch in Personalfragen hatte er eine geschickte Hand und bemühte sich stets um angemessene und wirksame Methoden im Verkehr mit der deutschen Regierung. Er pflegte das deutsche Kabinettt²⁶ mit den führenden Abteilungs- und Sektionschefs [auf amerikanischer Seite] einmal in der Woche in seinem Büro zu versammeln, um die wichtigsten Probleme zu diskutieren, die sich der Militärregierung und der Landesregierung stellten. Diese Besprechungen waren insbesondere dazu geeignet, vernünftige Beziehungen zwischen der deutschen und der Militärregierung herzustellen. In Württemberg-Baden gab es vielleicht weniger Beschwerden über unvernünftige Interventionen in rein deutsche Angelegenheiten als irgendwo sonst²⁷. Oberst Dawson mit seinem System der direkten Aufsicht bestand darauf, daß jeder verantwortliche Militärregierungsbeamter zuerst alle Angelegenheiten mit ihm klärte, bevor er seinen Gegenspieler auf der deutschen Seite darauf ansprach, so daß es eine einheitliche Führung und einen gemeinsamen Geist gab, der dank Dawson diese ganze Militärregierungsorganisation erfüllte. Er hatte eine konzeptionelle Sicht seiner Aufgabe und behielt stets die letztendlichen Ziele der Militärregierung vor Augen: d. h. nicht nur die negativen Aspekte wie Entnazifizierung und Demilitarisierung; sein Blick war vielmehr immer auf die positive Aufgabe gerichtet, eine Grundlage für die künftige deutsche Demokratie zu legen. Er war mit einem reichen Humor gesegnet, der ihn selbst in den anstrengendsten Augenblicken dieser ersten turbulenten Tage nie verließ. Damit gewann er nicht nur die Loyalität seiner Offiziere, sondern auch die der Deutschen.

Vielleicht die beste Illustration dessen, was ich sagen will, ist eine Begebenheit, deren ich mich noch lebhaft erinnere. Ich hatte Oberst Dawson versprochen, die Weihnachtsfeiertage im Dezember 1945 mit ihm zu verbringen. Als ich spät am Nachmittag des 24. Dezember in sein Büro kam, war sein Nachrichtenapparat im vollen Gange. Er hatte gerade einen Bericht erhalten, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident von Stuttgart den Minister für Ernährung und Landwirtschaft Stooß verhaftet hatte, weil er in seinem Ministerium die Gesetze zur Nahrungsmittelrationierung, die in Württemberg-Baden galten, verletzt habe. Stooß war schon von einem Richter vernommen worden, der angeordnet hatte, ihn über die Feiertage in Haft zu nehmen. Nebenbei gesagt arbeitete Dawsons Nachrichtensystem so vollendet, daß ihm nie von einem Außenstehenden gesagt werden mußte, was in seinem Zuständigkeitsbereich vorging. Dawson erklärte mir die Details des Vorfalls nicht ohne Amüsement, als ich in sein Büro kam. Aber kaum hatte er diese Erläuterung beendet, als zwei Gruppen an seine Tür pochten. Zunächst der Polizeipräsident zusammen mit seinem Rechtsberater und dann Dr. Reinhold Maier, der Ministerpräsident, und Innenminister André²⁸. Ich war bei den beiden Besprechungen dabei. Zunächst wurden der Polizeipräsident und sein Rechtsberater hereingerufen, und Dawson fragte sie nach dem Grund ihres Besuches. Sie erläuterten die Tatsachen ziemlich genau. Oberst Dawson wollte aber besonders vorsichtig sein und sicher gehen, daß der sozialdemokratische Polizeipräsident keine Rechtsvorschrift verletzt hatte. Nach der Besprechung war es ganz klar, daß der Polizeipräsident innerhalb seiner Kompetenzen gehandelt, das Gesetz unparteiisch angewandt und sich nicht gestattet hatte, daß seine Parteigesinnung gegen Herrn Stooß als Vertreter der CDU seine Entscheidung beeinflusste. Oberst Dawson war natürlich besonders besorgt, daß nicht der Vorwurf willkürlicher Verhaftung erhoben werden könnte. Nachdem er sich von diesem Punkt überzeugt hatte, verabschiedete er den Polizei-

²⁶ Gemeint ist das Staatsministerium Württemberg-Baden.

²⁷ Das sollte sich nach Dawsons Tod, insbesondere unter General Charles P. Gross, gründlich ändern, mit dem der Ministerpräsident in einer Dauerfehde lag. Vgl. Reinhold Maier: *Erinnerungen 1948–1953*, Tübingen 1966, 143 f., 206 ff., 226 ff., 240 f., 249 ff. u. ö.

²⁸ Polizeipräsident in Stuttgart war seit 23. 4. 1945 Karl Weber. Der Innenminister hieß Fritz Ulrich (SPD); der Begleiter Joseph André war Wirtschaftsminister und Repräsentant der CDU. Heinrich Stooß war Leiter der Landwirtschaftsabteilung im Wirtschaftsministerium. Einen wesentlich anderen Bericht, der den Vorfall als SPD-Intrige erscheinen läßt, gibt Maier, *Grundstein*, a. a. O., S. 186 ff.

präsidenten, bat den Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier und den Innenminister André herein und ersuchte mich, während der Besprechung dazubleiben. Dr. Maier wußte natürlich nicht, daß Dawson einen ziemlich genauen Geheimdienstbericht über den ganzen Vorfall hatte und daß der Polizeipräsident gerade vor ihm hier gewesen war. So erklärte Dr. Maier zur Eröffnung der Diskussion den Sachverhalt. Er tat dies jedoch in einer Weise, daß Dawson zu der Annahme gelangte, daß Maier um die Besprechung nachgesucht hatte, um von Dawson einen Militärregierungsbefehl zur Entlassung des Herrn Stooß aus dem Gefängnis zu erwirken. Dawson ging mit großem Takt, aber auch großer Bestimmtheit vor. Da der Sachverhalt klar war, nämlich, daß eine Verletzung der Bestimmungen zur Rationierung der Lebensmittel vorlag, zweitens, daß Stooß von einem Richter ordnungsgemäß vernommen und seine Inhaftierung über die Feiertage angeordnet worden war, konnten die Tatsachen nicht in Frage gestellt werden; Dr. Maier leugnete sie auch nicht, brachte aber die Bitte vor, den sehr überarbeiteten Landwirtschaftsminister aus rein menschlichen Gründen aus dem Gefängnis zu entlassen. Dies lehnte Oberst Dawson sofort ab: Dies sei nicht seine, sondern Dr. Maiers Angelegenheit. Dann fragte er Dr. Maier, ob er die verfassungsmäßige Kompetenz habe, in dieser Angelegenheit zu intervenieren und Stooß aus dem Gefängnis zu entlassen, nachdem er ordnungsgemäß verhaftet, vernommen und seine Inhaftierung angeordnet worden war. Dr. Maier bejahte nach einigem Zögern, daß er diese Vollmacht habe. Dawson fragte ihn dann, ob er vorschlage, ihn aus dem Gefängnis zu entlassen, und ob er glaube, daß es ein guter Anfang einer verfassungsmäßigen Regierung sei, in ein laufendes Verfahren einzugreifen. Dr. Maier wurde rot. Nach einem langen Kampf mit sich selbst gab er schließlich zu, daß dies nicht die rechte Art sei. Ich erzähle die Geschichte, um Oberst Dawsons Beziehung zu den Deutschen zu illustrieren. Er führte die Militärregierungsbefehle getreulich aus. Zur selben Zeit gelang es ihm aber durch kluge persönliche Verhandlung, die Verantwortung den Deutschen aufzuerlegen und von ihnen zu fordern, für ihre eigenen Handlungen gerade zu stehen und nicht aus Verantwortungsscheu an den Militärgouverneur zu appellieren, wie es damals so viele Deutsche taten, daß er einen Befehl erlasse, der ihnen zu unpopulär erschien, als daß sie ihn selbst herauszugeben wünschten. Dawson betonte diese Frage der Verantwortlichkeit immer wieder. Er sprach häufig in der Öffentlichkeit – natürlich immer englisch, denn er konnte kein Wort Deutsch – und sagte den Deutschen, es sei keine einfache Angelegenheit, eine Demokratie zum Leben zu bringen. Dafür sei ein kluges Verständnis auf Seiten der Öffentlichkeit und ein hohes Verantwortungsgefühl auf der Seite der Beamten notwendig. [...] Er hinterließ einen dauernden Eindruck auf die Deutschen, ohne ein Jota von der anfänglichen Strenge und Unpersönlichkeit der Militärregierung abzuweichen, und es gelang ihm, ein solches Regime bis zu seinem Tode aufrechtzuerhalten²⁰. Es ging ihm um die Umerziehung der Deutschen zu demokratischem Verhalten. Er war ganz und gar nicht der Meinung, daß diese ganze Bemühung eitel sei. Auch er realisierte natürlich mit der Zeit die Schwierigkeiten des Problems und gewann einen ziemlich guten Einblick in die historische Entwicklung der beiden Gebiete Württemberg-Badens wie auch Deutschlands im allgemeinen. Aber er behielt bis zu seinem Ende seinen tiefen Missionsgeist und einen gewissen zurückhaltenden Optimismus über die Möglichkeiten einer zukünftigen deutschen Demokratie. Besonders kritisch war er gegenüber unseren Leuten vom CIC, ihren willkürlichen Verhaftungen und Beschuldigungen gegen Leute, die der Special Branch bereits besonders überprüft hatte. Das beherrschende Konzept Dawsons war seine Auffassung vom Rechtsstaat und von der diskreten und nur im Notfall einschneidenden Intervention in deutsche Angelegenheiten. Er weigerte sich einzugreifen, wenn er meinte, daß die Deutschen das Problem unter sich ausmachen könnten. Das gilt auch für seine sehr diskrete

²⁰ Dawson war im Herbst 1946 als Nachfolger Pollocks Direktor des Regional Government Coordinating Office, d. h. der amerikanische Leiter des Länderrats, geworden. Er starb am 11. 2. 1947 in Stuttgart. Zum ‚Eindruck auf die Deutschen‘ vgl. ebd., S. 347 ff. und passim., sowie Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 692.

Behandlung der ganzen Vereinigung von Württemberg und Baden. Die Badener wollten sie nicht. Es war eine explosive Frage, aber Dawson gelang es, die Badener mit dem Arrangement zu versöhnen, indem er ihnen zugestand, daß im württemberg-badischen Kabinett jeder zweite Minister ein Badener sein mußte, und auch dadurch, daß er ihnen ihre eigene Kommunalverwaltung ließ und sehr vorsichtig dabei war, sich über die badischen Behörden hinwegzusetzen, obwohl er dies natürlich tat³⁰.

In der Beziehung zwischen General Adcock und den Land-Militärgouverneuren erhielt General Muller vielleicht die detailliertesten Befehle, Oberst Dawson die wenigsten; dazwischen lag Dr. Newman. Denn Oberst Dawson forderte ständig das Privileg, die Probleme selbst mit den Deutschen zu bearbeiten, oder noch lieber, sie von den Deutschen selbst bearbeiten zu lassen. Er legte sie in die Hände der Deutschen und sagte: „Hier ist Ihr Problem. Schauen Sie, ob Sie eine Lösung dafür finden“, und er schützte sie dabei vor Störungen [durch amerikanische Stellen], und griff erst dann ein, wenn sie sich mit der Bitte um Genehmigung eines bestimmten Vorschlags an ihn wandten. Ich meine, er beschränkte die Eingriffe auf ein Minimum, und es gelang ihm gleichwohl, die deutsche Regierung gemäß seinen Instruktionen zu kontrollieren. [. . .]

Bevor das Amt General Adcocks im Juni 1945 organisiert wurde³¹, waren die drei Militärgouverneure beinahe vollkommen unabhängig. Es gab nur wenige Telefongespräche. Sie waren schwierig; jeder Verkehr außer dem militärischen war ebenfalls äußerst schwierig; und ebenso schwierig war es für die Deutschen, damals wirklich eine Landesregierung aufzubauen. Ich glaube, General Adcock erreichte zwei wirklich wichtige Dinge bei der Organisation der Militärregierung. Erstens brachte er die drei Militärgouverneure auf eine Linie. Zweitens gelang es ihm, den drei Militärgouverneuren zu helfen, ihre nur locker gefügten Organisationsstrukturen in wirkliche Arbeitseinheiten zu verwandeln, die mehr oder weniger dieselbe Sprache sprachen und dieselben Dinge in allen drei Ländern taten.

USFET wurde organisiert, bevor Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen aufgebaut wurden. Zunächst einmal war Deutschland ein Trümmerhaufen. Landesregierungen existierten nicht. Auch noch nach der Ernennung der Landgouverneure konnten sich die zentralen Landesregierungen örtlich nicht durchsetzen. Denn es gab tausende von örtlichen [Armee-]Einheiten, die örtliche Militärregierungsbeamten hatten, die späteren „Verbindungs- und Sicherheitsbeamten“. Während diese Lage im Juli, August und September [1945] fortbestand, war es praktisch für jede Landesregierung unmöglich, sich auf der ganzen Linie im eigenen Lande durchzusetzen. Hier war es eine der Leistungen General Adcocks, glaube ich, den Ländern die Etablierung wirklicher Regierungen möglich zu machen, ihnen tatsächliche Verantwortung zu übertragen und zur selben Zeit die Militärregierungen auf Bezirks- und dann auf Landesebene zu einer wirksamen Organisation zu bringen. In der Frühzeit war natürlich jeder Militärregierungsbeamter souverän und unabhängig gewesen, ein König für sich, und erst im Verlauf der schrittweisen Entwicklung der Landesmilitärregierungseinheiten und ihrer Kontrolle über die einzelnen Orte und Gebiete konnte irgendetwas wie zentrale Landesaufsicht über die örtlichen Einheiten ausgeübt werden. Uns war es vollkommen klar, daß man weder eine Landesregierung noch eine Landesmilitärregierung aufbauen konnte, solange die örtlichen Militärregierungsbeamten jeden denkbaren Befehl nach eigenem Gutdünken gegenüber einem Bürgermeister, Landrat oder Regierungspräsidenten erlassen konnten. Solange zum Beispiel die

³⁰ Vgl. II. 3.1.

³¹ Die Abteilung G-5, Headquarters USFET in Frankfurt, später OMG(US-Zone) genannt. Office of the Chief Historian, Eur. Command: Civil Affairs, a. a. O., S. 77, referiert einen „Theater Organization Plan“, wonach USFET G-5 solche Aufgaben übernehmen sollte, die noch nicht von Clays Berliner USGrCC (später OMGUS) übernommen waren, nämlich direkte Verwaltungsoperationen der Amerikaner und die Stabsüberwachung im Rahmen der Armee. USFET G-5 sei aus dem Personal G-5 der aufgelösten 12. Armeegruppe, der die ECAD attached gewesen war, seit 10. 7. 1945 aufgebaut worden (ebd. S. 64).

bayerische Landesregierung die fünf Regierungspräsidenten nicht kontrollieren konnte und diese wiederum keine Kontrolle über die Oberbürgermeister und Landräte und diese Landräte keine über die örtlichen Behörden hatten, konnte es überhaupt keine bayerische Regierung geben. Deshalb war es schon früh klar, daß deutsche Landesregierungen nicht wirksam aufgebaut werden konnten, solange nicht den örtlichen Militärregierungsoffizieren das Recht genommen wurde, in die örtlichen Verhältnisse einzugreifen³².

Danach fanden die örtlichen Verbindungsoffiziere eine neue Rolle, und diese war vielleicht in mancher Beziehung eher bedeutsamer als zu der Zeit, als sie Anordnungen und Befehle erlassen konnten. Ich kannte eine große Anzahl Offiziere, und unter ihnen erinnere ich mich noch besonders lebhaft an Oberst [W.R.] Whittaker in Ansbach in Nordbayern, denen es gelang, ihren Regierungspräsidenten, Bürgermeister und Landrat nach der Konsolidierung ihrer Behörden wirklich zu beraten und eine weit wichtigere Funktion auszuüben, nachdem sie keine Befehle mehr erlassen konnten. Nun wuchsen sie in die Aufgabe hinein, die Deutschen durch moralische Überzeugungskraft dafür zu gewinnen, bestimmte Dinge zu tun. Eine gewisse Beharrlichkeit in der Schulfrage, in der Fürsorge für die DPs, die Beratung des Regierungspräsidenten und der Beamten wie auch der ganzen politischen Parteien, um sie an verantwortliches demokratisches Verhalten zu gewöhnen, der Versuch, innerparteiliche Demokratie einzuführen, die Führer der politischen Parteien zusammenzubringen, damit sie sich gegenseitig mit Respekt begegneten und nicht mit jener besonderen Art deutscher Ausschließlichkeit, die für die deutsche Politik 1932 so charakteristisch gewesen war. Einige unserer örtlichen Verbindungsoffiziere haben darin ganz vorzügliche Arbeit geleistet. Aber freilich entsprach dieser Aufgabe nicht jeder. All dies hing von dem einzelnen Menschen ab. Viele Offiziere sagten mir: „Das bedeutet das Ende der Militärregierung, wenn uns das Recht genommen wird, Befehle zu erlassen.“ In der Tat war es das Ende der Militärregierung, so wie sie sie verstanden.

II. 2 Exkurs: Stand der Verwaltung Anfang September 1945 [Denkschrift Pollocks]

Da zusammenfassende Memoranden Dorns zu seiner Teilnahme an der Länderreorganisation im Herbst 1945 fehlen und seine entsprechenden Erinnerungen bereits publiziert sind, sei hier der Bericht³³ über eine parallele Inspektionsreise des Leiters der Abteilung für Regierungsstruktur im OMGUS Innenressort James Kerr Pollock (Professor of Government an der Michigan State University, seit Oktober 1945 Clays Senior Military Government Adviser und Leiter des Regional Government Coordinating Office in Stuttgart) aufgenommen. Er gibt eine knappe Zusammenfassung der Verwaltungsprobleme. Dabei zeigt sich nicht nur der konservativere politische Standort Pollocks, der in USA mehrfach als republikanischer Regierungsberater hervortrat, sondern auch seine größere administrative Erfahrung. Während er nur knapp die Fragen charakterisierte und konkrete Entscheidungsvorschläge vorlegte, bestanden Dorns Memoranden in aller Regel in einer breiten politischen Lageanalyse, überließen aber die Folgerungen weitgehend Clay³⁴.

[Abt. für] Regierungsstruktur

JKP/lpa

6. September 1945

Inspektionsreise durch die Amerikanische Zone, 12. August bis 1. September

[An den] Direktor, Hauptabteilung für Zivilverwaltung³⁵.

³² OMG(US-Zone) Direktive vom 21. 11. 1945 „Action to Strengthen German Civil Administration in the U. S. Zone“, in: Pollock/Meisel, a. a. O., S. 171.

³³ Nachlaß James Kerr Pollock, Michigan Historical Collections, University of Michigan, Ann Arbor Mich. Sign. 62–13 (Mikrofilm, Rolle 6, IfZ). Von diesem Dokument existieren auch ein kürzerer Vorbericht vom 5. 9. 1945 (ebd.) und eine Zusammenfassung im Bericht Murphy an Secretary of State vom 22. 9. 1945 (in: Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 965 f.).

³⁴ Vgl. II.4 und III.4.

³⁵ Oberst Henry Parkman (Dir. I. A. & C. Div.).

A. Ergebnisse

1. Die Lage in der Amerikanischen Zone ist nach viermonatiger Besetzung weniger fortgeschritten, als ich erwartet hatte.

a) Die Länderregierungen arbeiten noch nicht erfolgreich, eine existiert noch nicht und die anderen befinden sich auf unterschiedlichen Stufen des Fortschritts.

(1) Keine ausreichende Koordinierung der Sonderverwaltungen z. B. für Arbeit, Wirtschaft und Ernährung im Rahmen der allgemeinen Staatsverwaltung. Einzige Aufsicht wird derzeit von der MG-Abteilung des Bezirks geführt, in der sich die jeweilige regionale Dienststelle befindet. Das ist eines der großen ungelösten Verwaltungsprobleme in der Amerikanischen Zone.

(2) Verzögerung bei der Wiedereröffnung der ordentlichen Gerichte schafft zuviel Arbeit für die Militärregierung und kompliziert die gesamte Justizverwaltung.

(3) Da die Wiedererrichtung eines Rechtsstaats oder ‚government by law‘ eines unserer Ziele ist, besteht das unmittelbare Bedürfnis, erneut eine Verwaltungsgerichtsbarkeit zu bilden, die geeignet ist, die Entscheidungen der deutschen Beamten zu überprüfen.

b) Die Militärregierungsabteilungen arbeiten sehr hart unter ungünstigen Umständen:

(1) Verwirrung über die politische Linie und ihre Durchführung;

(2) Große Verzögerungen beim Empfang von Befehlen;

(3) Wechselndes und unerfahrenes Personal;

(4) Einmischung der taktischen Truppen;

(5) Bedeutende Moral- und Personalprobleme;

(6) Uneinheitliche Anwendung der Direktiven;

(7) Bestimmte deutsche Behörden und Unternehmen werden noch immer von besonderen Kontrolloffizieren überwacht, die sich nicht mit den örtlichen MG-Offizieren abstimmen (Transport-, Wasser-Aufsicht, Informationswesen).

(8) Es gibt wenig Beziehungen zwischen der Organisation der Militärregierungs-Teams und den Länderregierungen (Württemberg-Baden ist eine Ausnahme). In geringerem Ausmaß gilt dies auch für die Bezirks- und Ortsebene.

c) Deutsche Beamte haben nicht einheitlich „grünes Licht“ bekommen; zuviel wird noch von den Amerikanern selbst gemacht.

(1) Die örtlichen deutschen Beamten, die von den örtlichen MG-Abteilungen ausgewählt wurden, fühlen sich gegenüber den höheren Staatsbehörden nicht oder kaum verantwortlich.

(2) Die Kommunikation zwischen höheren, mittleren und unteren deutschen Verwaltungen ist noch immer schwierig oder besteht überhaupt nicht.

(3) Deutsche Beamte fühlen sich aus Mangel an Unterstützung durch die Bevölkerung unsicher. Viele Landräte und Oberbürgermeister beschränken ihre Tätigkeit auf diejenige von überbezahlten MG-Laufburschen. Oft sind sie von der Furcht beherrscht, ihre undefinierten Zuständigkeiten zu überschreiten.

(4) In einigen Bezirken wie Niederbayern und Württemberg sind die Landräte regelmäßig mit den Regierungspräsidenten oder anderen höheren Behörden in Verbindung, etwa durch Tagungen³⁶.

³⁶ Diese Landräte- und Bürgermeistertagungen waren damals ein verbreitetes Mittel der Landesregierungen und Regierungspräsidenten zur Wiederherstellung der Staatsaufsicht über die Selbstverwaltung trotz der Zerrüttung der Kommunikationsmittel. Z. B. wurden sie auch im Mainfranken Adam Stegerwalds abgehalten. Ausgerechnet der hier angesprochene Regierungspräsident Ernst Falkner (CSU, später Bayernpartei) in Niederbayern/Oberpfalz wurde wenige Wochen später von der Militärregierung entlassen, weil er sich verbotswidrig auf einer solchen Landrätetagung „politisch“ (im Unterschied zu administrativ) geäußert hatte. Zu Baden und Württemberg vgl. Maier, Grundstein, a. a. O., S. 93 ff.; Keil, a. a. O., S. 676 ff.; Konstanzer, a. a. O., S. 40 f.; Becker (Hrsg.): Köhler, a. a. O., S. 352 ff.; Theodor Eschenburg: Aus den An-

(5) Solange in den Ländern noch keine gesetzgebenden Versammlungen geschaffen sind, sollte den deutschen Regierungen klar gemacht werden, daß sie Gesetze – die natürlich der Genehmigung der Militärregierung bedürfen – vorschlagen können.

d) Es gibt einige kleine Fortschritte auf dem Weg staatsbürgerlicher Beteiligung an der Regierung.

(1) Einige beratende Stadträte arbeiten (Hof, Garmisch)³⁷.

(2) Mir wurde nur ein Fall (Garmisch) bekannt, in dem Bürger in beratender Funktion bei besonderen städtischen Aufgaben wie Erziehung, Gesundheitswesen, Bauwesen und so weiter herangezogen wurden.

(3) Keine beratenden Ausschüsse sind in den Verwaltungsbezirken zur Unterstützung der Selbstverwaltung (Kontrolle von Institutionen etc.) gebildet worden. Ein sog. Bezirksverbandsausschuß wurde in Mittelfranken vom Regierungspräsidenten empfohlen.

e) Verschiedene Einzelergebnisse:

(1) Es gibt gute Gründe zu glauben, daß nunmehr das Entnazifizierungsprogramm zur Vollendung an deutsche Beamte übergeben werden könnte.

(2) Die Verbreitung religiöser und anderer Pamphlete aus Mainz in der französischen Zone im Lande Hessen stellt das Problem der interzonalen Kommunikation zur Beeinflussung der Meinungen.

(3) Dr. Adam Stegerwald, derzeit Regierungspräsident von Mainfranken in Bayern, ist eine so herausragende Figur der deutschen Politik, daß er mit Gewinn auf der nationalen Ebene eingesetzt werden könnte.

(4) Es scheint mir fraglich, ob man weiterhin den Ausdruck Kurhessen für den Regierungsbezirk Kassel benutzen sollte, weil er von den Nazis gebraucht wurde. Desgleichen die Einbeziehung der Kreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern in den Regierungsbezirk Wiesbaden.

(5) MG-Offiziere im Land Hessen bezweifeln aus finanziellen Gründen, ob es ratsam ist, die Universität Gießen wieder zu eröffnen.

(6) Das nahezu allgemeine Urteil sowohl der MG- wie der deutschen Beamten in der Frage der Wahlen war, sie bis zum späten Frühjahr zu vertagen³⁸.

2. Die fünf Hauptverwaltungseinheiten in der Amerikanischen Zone bieten unterschiedliche Probleme:

a) Bayern ist das einzige Land, das konsequent frühere Regierungsstrukturen fortsetzen kann und dessen Territorium und Verwaltung integriert sind.

(1) Die Abtrennung der bayerischen Pfalz behindert einen ordentlichen Verwaltungsgang in Bayern nicht.

fängen des Landes Württemberg-Hohenzollern, in: VfZG 10 (1962), S. 264 ff., bes. S. 271 ff. Für Hessen vgl. Karlheinz Müller (Hrsg.): Preußischer Adler und Hessischer Löwe, Wiesbaden 1966, S. 349 f., 356.

³⁷ Solche Beiräte der Stadtverwaltungen bestanden zu dieser Zeit schon in großer Anzahl, da sie bereits durch die USFET-Direktive vom 7. 7. 1945 „Administration of Military Government“ (hekt. OMGUS Papers, Denazification Publications, National Archives, Suitland Md.), die grundlegende Organisationsanweisung der frühen Militärregierung, ermöglicht worden waren. Für Beispiele vgl. Peter Beyersdorf: Militärregierung und Selbstverwaltung, Phil. Diss., Erlangen 1966, S. 70 ff.

³⁸ Offenbar ohne vorherige Abklärung der Frage hatte Eisenhower auf einer Pressekonferenz in Berlin am 30. 8. 1945 (Protokoll in Nachlaß Pollock, 62–12) für den Herbst den Anfang der Kommunalwahlen und für den Winter Oberbürgermeisterwahlen auch in Großstädten angekündigt. Nach Auskunft Pollocks mußte der überraschte Stab daraufhin einen überstürzten Wahlfahrplan aufstellen, wobei Clay und Murphy für baldige Wahlen eintraten, die Spezialisten aber den ersten Wahltermin wenigstens ins neue Jahr schieben konnten. Die dann auch weitgehend eingehaltene Abfolge der Wahlen 1946 in der US-Zone konnte Murphy bereits am 12. 9. 1945 dem Secretary of State mitteilen (Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 961 f., vgl. auch 1014 f.). Vgl. Pollock/Meisel, a. a. O., S. 139, sowie Clay, a. a. O., S. 107.

(2) Die politische Zusammensetzung des gegenwärtigen bayerischen Kabinetts ist nicht breit genug, um ganz repräsentativ zu sein³⁹.

(3) Unmittelbar notwendig ist ein Justizministerium, um die Justizverwaltung zu beaufsichtigen.

(4) Landkreis Lindau bietet gewisse Verwaltungsprobleme, die weiter untersucht zu werden verdienen⁴⁰.

b) Das Land Württemberg-Baden ist vielleicht infolge der besonderen Grenze zwischen der französischen und der amerikanischen Zone unsere schwierigste Verwaltungsaufgabe.

(1) Die Zusammenlegung der beiden badischen Landeskommisärbezirke mit dem amerikanischen Teil Württembergs erscheint als die einzige gangbare Lösung. Derzeit wird diesem Teil Badens ein unbestimmtes Maß von Autonomie gewährt, und sein derzeitiges Verwaltungssystem kann unter der allgemeinen Leitung der Stuttgarter Landesregierung fortgeführt werden.

(2) Ich sehe nicht, wie dieses Gebiet angemessen regiert werden kann, wenn nicht entweder die Grenze zwischen den beiden Zonen geändert oder eine Form vereinigter Verwaltung herbeigeführt wird. Die derzeitigen ad hoc Arrangements mit den Franzosen erscheinen als völlig unzureichend⁴¹.

(3) Es gibt keine [amerikanische] G-5-Vertretung in Baden-Baden, obwohl ein Verbindungsoffizier, der für die Franzosen arbeitet, der [MG-]Landesabteilung in Stuttgart attachiert ist.

c) Das dringendste Problem in der amerikanischen Zone ist Hessen.

(1) Wegen Gebietsabtrennungen vom Land Hessen und aus anderen Gründen, die es schon seit einer langen Zeit gibt, ist das Land Hessen durchaus nicht in der Lage, eine Landesregierung zu tragen.

(2) Alle Militärregierungsabteilungen im Land Hessen und in Hessen-Nassau befürworten die Errichtung einer Landesregierung für das ganze hessische Gebiet.

(3) Alle deutschen Beamten in verantwortlicher Stellung im Land Hessen und in Hessen-Nassau befürworten ein vereinigtes Hessen unter einer Landesregierung.

(4) Alle regionalen Behörden der Sonderverwaltungen z. B. für Arbeit, Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft und Finanzen befürworten eine Vereinigung des hessischen Gebiets⁴².

(5) Die Errichtung einer Landesregierung für Hessen-Nassau ist noch nicht weit voran gekommen. Die [MG-]Landesabteilung setzt sich sehr dafür ein, Dr. Friedensburg als Ministerpräsident zu gewinnen. Dr. Friedensburg wird derzeit von den Russen in Berlin beschäftigt⁴³; um seine Freigabe wird gebeten.

³⁹ Nach ihren früheren Parteizugehörigkeiten setzte sich das vom ehemaligen BVP-Führer Schäfer geleitete Kabinett aus 4 Ressortleitern der BVP und je einem der DNVP, der DVP und der SPD zusammen.

⁴⁰ Der Landkreis Lindau war als einziger Kreis des rechtsrheinischen Bayern an die französische Besatzungszone abgetreten worden, um den Franzosen einen 'eigenen' Korridor zu ihrer in Vorarlberg gelegenen Zone in Österreich zu verschaffen. Er sollte jedoch nicht aus dem bayerischen Staats- und Rechtsverband ausscheiden (vgl. Anm. 4). Außerdem hatte Allen W. Dulles von der OSS-Niederlassung in Bern interveniert, weil er „einen freien, nur von der US-Armee kontrollierten Personenverkehr zwischen der Schweiz und der amerikanischen Besatzungszone außerordentlich wichtig“ fand (Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 324 f., 339).

⁴¹ Für Württemberg vgl. Konstanzer, a. a. O., S. 20 ff.

⁴² Vgl. Dorn, Letter to the Editor, a. a. O., und die Staff Study re: Consolidation of Land Hessen and Province Hessen-Nassau vom 11. 9. 1945, in: Pollock/Meisel, a. a. O., S. 118 f.

⁴³ Ferdinand Friedensburg, der frühere Regierungspräsident in Kassel, 1945 Mitgründer der CDU und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin, war am 1. 9. 1945 in der SBZ als Präsident der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie eingesetzt worden. In Kassel war allerdings bereits am 10. 5. 1945 Fritz Hoch (später SPD) als Ober- und Regierungspräsident eingesetzt, dem in engem Zusammenwirken mit der Regierungsbezirksmilitärregierung unter Col. Price eine zügige Konsolidierung der Verwaltung

(6) Die Wohnungsnot in Marburg macht es zweifelhaft, ob sowohl für die MG-Abteilung wie auch für die notwendigen deutschen Beamten angemessene Quartiere gefunden werden können⁴⁴.

(7) Wegen der Unklarheiten auf der Ebene der Landesregierung herrscht bei den beiden Verwaltungsbezirken in Hessen-Nassau Ungewißheit über ihre Zuständigkeiten auf bestimmten Gebieten wie Gesundheitsfürsorge, Ernährung und Finanzwesen.

d) Die Enklave Bremen hat als ein neu geschaffenes Sondergebiet ernste Verwaltungsprobleme⁴⁵.

(1) Das Gebiet ist vollkommen von der britischen Zone umgeben; die Einbeziehung von zwei Kreisen der Provinz Hannover und einem Kreis des Landes Oldenburg in die Enklave erfordert irgendein gemeinsames Arrangement mit den britischen Behörden.

(2) Die Bremer [MG-]Abteilung hat ihre Tätigkeit nun zwischen der Stadt und der übrigen Enklave aufgeteilt und zu diesem Zweck gesonderte Unterabteilungen gebildet.

(3) In Bremen ist der Empfang von Befehlen sehr verzögert.

(4) Aus den Beziehungen zwischen den Hafenbehörden und der MG-Abteilung scheinen keine besonderen Schwierigkeiten zu erwachsen.

B. Empfehlungen:

1. Solange noch keine Wahlen festgesetzt sind, sollte eine Direktive erlassen werden, welche die Bildung jeder der deutschen Staats- und Verwaltungstradition bekannten Form von beratenden Bürgerrausschüssen anregt⁴⁶.

2. Eine Kommission sollte benannt werden, um die Probleme zu untersuchen, die sich aus der Teilung Württembergs und Badens in zwei internationale Zonen ergeben.

3. Eine Kommission sollte benannt werden, welche die Möglichkeit untersuchen soll, den Landkreis Lindau wieder in die bayerische Verwaltung einzugliedern, während den Franzosen das Recht zur Benutzung von Straßen und anderen Kommunikationswegen verbliebe⁴⁷.

4. Über vorliegende Anträge der Bezirks-MG-Abteilungen sollte alsbald entschieden werden:

a) Antrag zur Genehmigung der Landesregierung von Württemberg-Baden.

b) Antrag, Dr. Friedensburg als Ministerpräsident von Hessen-Nassau zu gewinnen.

c) Antrag für ein Justizministerium in Bayern.

5. Eine Direktive sollte erlassen werden, welche die Vereinigung des ganzen hessischen Gebiets in ein Land bewirkt⁴⁸.

6. Eine Direktive sollte erlassen werden, welche die Tätigkeit der Bezirksverwaltungen und der Landesregierungen koordiniert und die Kontrolle und Aufsicht dieser Bezirksverwaltungen durch diese Landesregierungen sichert⁴⁹.

gelang. Vgl. dazu Alfred Schneider (Hrsg.): Brücke und Mittler, Der Regierungspräsident in Kassel 1867–1945–1967, Kassel 1967, S. 24 ff., 101 ff.

⁴⁴ Nämlich als Sitz einer Regierung für Nordhessen.

⁴⁵ Vgl. I.6.

⁴⁶ Auf kommunaler Ebene war dies obsolet (vgl. Anm. 37); auf Landesebene wurden in der Folge auf Initiative der Ministerpräsidenten beratende Landesausschüsse als Vorparlamente ernannt, die keine politische Bedeutung erlangten. Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 243 ff.; Maier, Grundstein, a. a. O., S. 201 ff.

⁴⁷ Für Württemberg-Baden vgl. II.3.1 und 2 sowie Foreign Relations, 1945 Bd. III, S. 986 f., 994 ff. Eine entsprechende Kommission für Lindau ist wohl aus internationalen Rücksichten nicht tätig geworden.

⁴⁸ Diesen Anträgen wurde durch Proklamation Nr. 2 und die Einsetzung der Regierungen Maier am 14. 9. und Hoegner am 22. 10. entsprochen. Bei der Bildung der hessischen Regierung am 14. 10. setzte Col. Newman durch, daß ein von ihm ausgewähltes Mitglied jenes Heidelberger Intellektuellenzirkels ernannt wurde, aus dem er schon die Neustädter Regierung Heimerich gebildet hatte: der parteilose Liberalkonservative Karl Geiler.

⁴⁹ Vgl. Anm. 32.

7. Entschiedene Schritte zur Belohnung und Ermutigung des MG-Personals vor Ort sollten ergriffen werden

- a) durch Beförderung und Überstellung in verantwortlichere Positionen und
- b) durch klarere Bestimmungen ihrer Zuständigkeit und Verantwortung mit dem Ziel eines größeren Entscheidungsspielraums bei der Behandlung örtlicher Probleme.

J. K. Pollock
Abteilungsleiter, Regierungsstruktur

II. 3 Reisen im Herbst und Winter 1945/46

II. 3. 1 Die Vereinigung Nordbadens mit Nordwürttemberg [Erinnerungen]

Während den deutschen Beteiligten die forcierte Vereinigung der südwestdeutschen Landessplitter der US-Zone offenbar als Ergebnis landespolitischer Intrigen erschien⁵⁰, zeigen Dorns Erinnerungen, daß der Vereinigungsbeschluß bei Clay längst eine ausgemachte Sache war. Als die Zonen-grenzziehung und damit der Beginn alliierter Zusammenarbeit auf gesamtdeutscher Ebene durch amerikanische Erwägungen, den Franzosen den größten Teil ihrer Zone wieder zu nehmen, und französisches Werben um deutsche Beamte im Sinne einer erneuerten Rheinbundpolitik in Frage gestellt wurde, Rivalitäten der Bezirksmilitärregierungen die Verwaltungsprobleme noch zu vergrößern drohten und eine technokratische Vereinigungsorder der OMGUS-Wirtschaftsabteilung zu gewärtigen war⁵¹, beeilten sich Dawson und Dorn, mit einem für beide Seiten akzeptablen Kompromiß zu vermeiden, daß unversöhnliche Fronten im liberal-demokratischen Potential des deutschen Südwestens aufrissen. Für den badischen Landesbezirkspräsidenten, der sich mit allen Mitteln gegen die Vereinigung wehrte⁵², mochte es ein „Scherbengericht“⁵³ sein, als er am 29. 10. 1945 von Dawson und Dorn sanft, aber unwiderstehlich in die Vereinigung gezwungen wurde. Aber auch der württembergische Ministerpräsident war dabei kein Sieger, fürchtete doch auch er die Integration, „weil heute Württemberg unter Baden ist“⁵⁴. Innerdeutsche Zusammenarbeit wurde durch einen im Nullpunkt der Nation erstarkten einzelstaatlichen Ersatzpatriotismus des eingesessenen Bürgertums erschwert, der sich mit wirtschaftlichen Interessen und den Wünschen der einmal eingesetzten Landesfürsten, ihre Selbständigkeit zu bewahren, verfilzte.

Weil die Demarkationslinie zwischen der US- und der französischen Besatzungszone äußerst absurd gezogen worden war, wurden die beiden Staaten Württemberg und Baden vollständig halbiert, so daß zwei kleine Fragmente dieser Länder nördlich der Demarkationslinie zusammen als Württemberg-Baden übrigblieben. Die Demarkationslinie war aus logistischen Gründen von einem Punkt südlich von Karlsruhe ungefähr entlang der Reichsautobahn nach Ulm gezogen worden. [...] Man mag sich erinnern, daß General Lattre de Tassigny immer noch Stuttgart besetzt hielt und daß Oberst Dawson, der als Regional Military Governor für beide nördliche Fragmente bestimmt worden war, sein Hauptquartier in Schwäbisch Gmünd aufschlug und Tag für Tag darauf wartete, daß sich die Franzosen zurückzögen⁵⁵. Schließlich willigten die Franzosen ein, Stuttgart zu verlas-

⁵⁰ Maier, Grundstein, a. a. O., S. 136 f.; Becker (Hrsg.): Köhler, a. a. O., S. 44, 351 f.

⁵¹ S. u. sowie Anm. 4–9. Vgl. auch Roger H. Wells: State Government, in Litchfield, a. a. O., S. 89 f., sowie Moses Moskowitz: The Political Reeducation of the Germans: the Emergence of Parties and Politics in Württemberg-Baden, in: Pol. Science Quart. 61 (1946), S. 555 ff., bes. 543 ff.

⁵² Vgl. III.3.2. Württembergische Minister auch der CDU berichteten Dorn (fragmentarische Notizen aus Gesprächen mit Maier, André, Heuß, Stooß): „Die Badener arbeiten in gutem Glauben mit, bis sie Anweisungen von Köhler bekommen.“

⁵³ Berichte wie Anm. 50; Maier sprach von Scherbengericht, Köhler von Henkersmahlzeit.

⁵⁴ Wie Anm. 52.

⁵⁵ Am 8. 7. wurde Stuttgart von den Franzosen geräumt. Die Entscheidung fiel den Vorschlägen der US-Militärs gemäß auf höchster Ebene und wurde den Franzosen durch eine Nachschub-sperre aufgezwungen. Vgl. Harry S. Truman: Memoirs, Bd. 1 Garden City N. Y. 1955, S. 238.

sen, aber vor ihrer Abfahrt wollten sie ganz sicher sein, daß sie nichts zurückließen, was für sie als Reparationen von Wert sein könnte. Sie stellten den gesamten Fuhrpark der Stadt Stuttgart zusammen und befahlen, er müsse sich am nächsten Morgen in Straßburg befinden. Sie suchten die Fabriken und die Lager nach Materialien durch, die sie mitnehmen könnten; und vielleicht die amüsanteste Geschichte ist die jener Stuttgarter Sektfabrik, bei der große Massen Sekt im frühen Gärungsstadium lagen. Die Franzosen waren in einer gewissen Verlegenheit, wie sie dieses Material nach Reims transportieren sollten. So wuschen sie schließlich vier oder fünf Tanklaster aus und füllten sie mit Sekt. Als diese nach etwas mehr als einer Woche bei Pommery in Reims ankamen, waren sowohl der Sekt als auch die Lastwagen ganz und gar ruiniert.

In den ersten Tagen verwaltete Oberst Dawson diese beiden Gebiete Nordbaden und Nordwürttemberg getrennt. Aber ich erinnere mich einer früheren Äußerung General Clays, daß keiner dieser Staaten als unabhängige politische Einheit überleben könne, weil keiner die Grundlagen einer lebensfähigen wirtschaftlichen Existenz böte. Er schlug deshalb die Vereinigung dieser beiden nördlichen Teile von Baden und Württemberg in einen gemeinsamen Staat vor. Das war jedoch sehr schwierig zu bewerkstelligen. Es war in der Tat eine jener Gelegenheiten, wo ein Militärregierungsbefehl nicht einfach und schnell ausgeführt werden konnte, weil das badische Volk den Württembergern seit langer Zeit mißtraute, während beide übrigens starke demokratische Traditionen hatten. Der Unterschied zwischen ihnen wird von Deutschen treffend damit zum Ausdruck gebracht, daß Baden die Hochburg des deutschen „Liberalismus“ und Württemberg die der deutschen „Demokratie“ gewesen sei⁵⁶. Die Badener sind äußerst mißtrauisch gegen die Schwaben; eine Putzfrau in einer der Behörden in Karlsruhe vertraute mir an, daß der nächste Krieg gegen die Schwaben geführt werde. Die Vereinigung dieser beiden Länder wurde dadurch besonders schwierig, daß Baden in Heinrich Köhler, dem alten Finanzminister des vierten Kabinetts Marx⁵⁷, eine farbige politische Persönlichkeit hervorgebracht hatte. Er war ein sehr treuer Katholik, ein Mitglied der Zentrumspartei und ein Konservativer, und er hatte die heroische Tat vollbracht, etwas wie eine badische Landesregierung in Karlsruhe wiederzubeleben, eine Regierung für Nordbaden. Selbst dies hatte er nur in einer Abfolge von Schritten erreichen können, weil Baden in vier Landeskommisariate geteilt gewesen war und wir obendrein zwei beinahe vollständig unabhängige Militärregierungsbeamte in Karlsruhe und Mannheim hatten. Es war nicht einfach, General Clays Befehl auszuführen, denn Dr. Köhler wollte die Unabhängigkeit Badens aufrechterhalten, weil er darauf hoffte, am Ende den südlichen Teil Badens wiederzugewinnen. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß die Auflösung Deutschlands Anfang 1945 etwas hervorbrachte, was ich damals „doppelte Loyalität“⁵⁸ nannte, eine Wiederbelebung des deutschen Stämmetums. Im Gespräch mit Oberst Dawson sprach ich vom Wiedererwachen eines deutschen Tribalismus, ein Ausdruck, dessentwegen er mich später stets aufzog. Als einer unserer taktvollsten und klügsten Militärgouverneure hatte Dawson verstanden, daß die Zusammenlegung von Württemberg-Baden mit ebensoviel Vorsicht wie Takt durchgeführt werden mußte, und glücklicherweise erkannte der Ministerpräsident von Nordwürttemberg, Dr. Reinhold Maier, den Dawson als ersten eingesetzt hatte, wie heikel die Lage war.

Damals planten jedoch gerade zwei Offiziere in der OMGUS-Wirtschaftsabteilung General Drapers, Major Eugene Clay und Major [Manuel] Gottlieb, die vollständige Vereinigung der wirtschaftlichen Institutionen von Baden und Württemberg in einer Weise, welche die politische Eigenart jedes dieser beiden Staaten ausgelöscht haben würde⁵⁹. Als Dawson

⁵⁶ Offenbar als Wortspiel gemeint; der Assoziationsgehalt von ‚democrat‘ und ‚liberal‘ ist im Amerikanischen umgekehrt wie im Deutschen.

⁵⁷ Im Orig. wird ‚Dr. Karl Köhler‘ als Finanzminister im ‚Kabinett Brüning‘ bezeichnet.

⁵⁸ Im Orig. „bi-preference“.

⁵⁹ Maj. Clay war ein Neffe des Generals, Gottlieb ein linksliberaler Outsider in der OMGUS-Wirtschaftsabteilung. Ihr Entwurf ist nicht bekannt. Vermutlich sah er vor, daß für Nordbaden

den Befehl sah, den diese beiden Offiziere vorbereiteten, bat er mich sogleich aus Berlin zu sich. Es war klar, daß Clays Befehl ausgeführt werden mußte, aber es war wichtig, ihn so auszuführen, daß er nicht die Empfindlichkeit der Badener verletzte. Mit einer schnellen Lösung auf dem Papier war nichts erreicht, sondern sie mußte in einer taktvollen Zusammenarbeit aller Beteiligten gefunden werden. Dank der Einsicht General Adocks wurde Oberst Dawson kein Fahrplan für die Vereinigung von Württemberg-Baden aufgezwungen, und da Adcock wie Clay Dawson vertrauten, wurde es diesem überlassen, eine Lösung für dieses Problem zu finden. Das Vereinigungswerk wurde Schritt für Schritt unternommen und tatsächlich in einer Weise erreicht, die keine Entrüstung unter der badischen Bevölkerung hervorrief.

Der erste Schritt zur Vereinigung bestand darin, Oberst Winning und Oberst Sotong aus Mannheim und Karlsruhe abzuziehen⁶⁰ und ihre Nachfolger auf eine neue Politik festzulegen. Ich glaube, Oberst Sotong hatte Dr. Köhler in der Illusion bestärkt, daß er die Unabhängigkeit Badens retten könne, und es kann kein Zweifel bestehen, daß Köhler der Verschmelzung widerstrebte. Als ich Monate, nachdem der Befehl zur Einigung herausgegeben worden war, Karlsruhe besuchte, fand ich dort zu meinem großen Erstaunen ein großes Schild mit der Aufschrift „Badische Landesregierung“, denn Dr. Köhler wollte die Würde und das Prestige einer badischen Landesregierung bewahren, obwohl sein Rumpf-baden zu dieser Zeit schon zu einem Regierungsbezirk reduziert worden war. Freilich war auch Württemberg zu einem Regierungsbezirk reduziert worden, aber der Ministerpräsident der vereinigten Gebiete war Dr. Maier, und während die Theorie der Regierungsbezirke für Württemberg-Baden aufgestellt worden war, so wurde sie doch in der wirklichen Verwaltung Württemberg-Badens nicht ausgeführt. Vielmehr bestimmte das Kabinett in Stuttgart die Politik für ganz Württemberg-Baden und war ganz aus Schwaben zusammengesetzt. Schließlich fanden wir die Lösung, daß Dr. Maier Ministerpräsident des vereinigten Landes Württemberg-Baden bleiben und Dr. Köhler als Regierungspräsident des badischen Landesbezirks stellvertretender Ministerpräsident werden sollte. So wurde diese Vereinigung Schritt für Schritt durchgesetzt, ohne den ein wenig unterschiedlichen örtlichen Institutionen in Baden Gewalt anzutun. Dennoch konnte Köhler nur mit einigem Zögern überredet werden. Er war natürlich mit dem Arrangement nicht zufrieden, und bei einer Gelegenheit sprach er sogar bei mir in Frankfurt vor, ob ich nicht intervenieren wolle, um dieses Arrangement rückgängig zu machen, weil er es kaum erträglich fand.

II. 3. 2 Gespräche in Baden [Notizen, Mitte Oktober 1945]

In Dorns Gesprächen mit Köhler und Franz Schnabel (der Historiker war 1945–47 Landesdirektor für Kultus und Unterricht in Nordbaden) verteidigten die Badener ihre Selbständigkeit mit Klagen über württembergische Vorherrschaftsbestrebungen und mit Anspielungen auf französische Angebote einer Garantie der badischen Einheit und einer konziliananten Entnazifizierung. Zugleich versicherten sie die Amerikaner jedoch ihrer Loyalität, und Köhler befürwortete sogar das amerikanische Entnazifizierungsprogramm, allerdings mit der Einschränkung, daß die Mitläufer rehabilitiert werden müßten. Die badische Linie einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei politischer Selbständigkeit bewährte sich jedoch in der Praxis eines badisch-württembergischen Wirtschafts-koordinierungsausschusses nicht⁶¹.

und Nordwürttemberg ein gemeinsames Landeswirtschaftsamt innerhalb der Stuttgarter Regierung geschaffen werde, welches die Zwischenstellung des badischen Landes-Bezirkspräsidenten ausgeschaltet hätte.

⁶⁰ Lt. Col. Charles D. Winning wurde Stellvertreter und 1946 Nachfolger Dawsons als Gouverneur in Württemberg-Baden. Col. George V. Sotong (im Orig. Saultau) leitete die Militärregierung für den Landesbezirk Karlsruhe.

⁶¹ Ende August war die Wirtschaftseinheit der beiden Landesteile festgelegt worden, wobei Baden aber eine eigene Verwaltung haben und durch Köhler als Minister ohne Portefeuille in der Stuttgarter Regierung repräsentiert sein sollte. Als Dorn im Oktober in Stuttgart und Karlsruhe Gespräche führte, war aber außer einer Reihe von Ausschüssen noch nichts zustande

Das Nordbadische E-Team [der Militärregierung] wird derzeit auch zur Regierung nach Karlsruhe verlegt. Köhler ist Landesbezirkspräsident mit einem ordentlichen Ministerium und vereinigt damit endlich Nordbaden und Mittelbaden: das Finanzministerium mit dem Oberfinanzpräsidium, das Landwirtschaftsministerium mit dem Landesernährungsamt für ganz Nordbaden, das Wirtschaftsministerium und das Landeswirtschaftsamt für ganz Baden sowie das Arbeitsministerium mit einem besonderen Landesamt. Diese Behörden senden nun Delegationen zur direkten Zusammenarbeit mit ihren [württembergischen] Kollegen nach Stuttgart, Stuttgarter Kontrolle wird jedoch abgelehnt. Stuttgarter Kontrolle auf keinem Gebiet. Köhler fährt jede Woche dorthin. Jetzt wird dieser ‚Supra-Länder-Koordinierungsausschuß‘ erwähnt, der aus vier Vertretern Württembergs und dreien aus Baden [gebildet wird]. Erhalte Tatsachen über diesen Ausschuß: Ernährung: Koordinierung, aber keine Ausbeutung Badens. Höherer Lebensstandard in Württemberg. Die Badener fürchten, vereinnahmt zu werden.

Allgemein: Das Verschwinden des Reiches hat Landes-Loyalität gefördert. Schnabel hält dies für einen außerordentlich bedeutsamen Faktor; er ist sehr besorgt über Südbaden unter den Franzosen. Er will zurücktreten, wenn sich die Amerikaner aus Baden zurückziehen. Dawson sagte auch, daß dies ein schwerer Fehler wäre. Schnabel war sogar der Meinung, es werde einen Bürgerkrieg geben, wenn sich die Amerikaner zurückzögen. Jeder würde jeden bekämpfen: die Verarmten die Besitzenden. Der Kampf werde aber unter ganz anderen Parolen geführt: Kommunisten und Nationalisten. Der Nat[ionalsozialismus] sei nun tot, aber er werde sich unter den Studenten wiederbeleben, sobald die Universitäten eröffnet würden. Wollte keine frühen Wahlen⁶², sondern eher eine langfristige Besetzung durch die USA. Aporie der Mittelklasse im wirtschaftlichen Sinn wegen der Zerstörungen. [...]

Köhler [plant eine] Bürgermeisterversammlung⁶³. Bis vor wenigen Tagen hat Sotongs Amt in Baden gewirkt. Eine Karlsruher Regierung sollte auch in Südbaden handeln. Nun hat [General Jacques F.] Schwartz die meisten Karlsruher Beamten nach Freiburg eingeladen und dort eine Landesregierung aufgebaut. Bisher hatten sie „Außenstellen“ in Freiburg, nun ist es eine richtige Regierung. De Gaulle hat eine richtige Regierung eingerichtet. Präsident von F. sagte, Köhler würde als Führer von ganz Baden wirken; er nannte auch das Finanz- und die anderen Ministerien⁶⁴. [Köhler] wird das aber nur mit amerikanischer Zustimmung tun. Alle Nahrungsmittel hätten die Franzosen genommen; die Rationen sind dort viel kleiner. Der Erzbischof sagte, wenn man [Nahrungsmittel] nach Südbaden sende, würde das meiste nach Frankreich gehen. Col. Arnal hat Köhler

gekommen; Köhler ging z. B. als badischer Vertreter in die Fachausschüsse, nicht aber z. B. zur Verteidigung der Stuttgarter Regierung. Eine einheitliche Bestandsaufnahme war noch nicht erreicht, der Leiter der Landwirtschaftsabteilung im Stuttgarter Wirtschaftsministerium wußte noch kaum etwas von seinem badischen Aufgabengebiet. Vgl. auch Becker (Hrsg.): Köhler, a. a. O., S. 43 f.

⁶² In einem Gespräch in Stuttgart mit Maier, Heuß und Ulrich notierte Dorn: „Evakuierte: radikal. Politische Parteien [...] bilden sich nicht, auch keine Aussicht. [...] Furcht für ihre künftige Reputation im Falle eines Rückzugs der Amerikaner. [...] Wahlen verfrüht: Furcht vor Radikalismus bei Wahlen im Winter.“

⁶³ Köhlers Rede vor dieser Versammlung am 3. 11. 1945 in Mannheim bei Becker (Hrsg.): Köhler, a. a. O., S. 352 ff.

⁶⁴ Eine Reihe höherer Beamter war beim Abzug der Franzosen aus Karlsruhe nach Freiburg gegangen, um dort eine ‚badische Zentralverwaltung‘ aufzubauen, die sich z. T. nur als Außenstelle der Karlsruher betrachtete. Einzelne Ministerialdirektoren pendelten zwischen Karlsruhe und Freiburg. Die Franzosen sahen darin einen Kern einer gesamtbadischen Landesregierung. Deshalb lud der Délégué supérieur pour le Gouvernement militaire du Pays de Bade (1945–1947), Gen. Jacques F. Schwartz (1889–1960), die Karlsruher Beamten zur Bildung einer Landesregierung ein, die in Anwesenheit de Gaulles am 4. 10. 1945 proklamiert wurde. Vgl. zum Direktorium Südbaden auch ‚Baden 1945–51‘, a. a. O., S. 9 ff.

nach Freiburg eingeladen, um sich seinen Vorschlag anzuhören⁶⁵. Die Entnazifizierung sei scharf in der amerikanischen Zone, nicht aber in der französischen. Alle von den Amerikanern Entlassenen werden von den Franzosen genommen, 15 alte Kämpfer allein aus der Finanz[verwaltung]. Jeder Beamte geht nach Süden. Die Franzosen sagen, jeder, der [von den Amerikanern] entlassen sei, sei ihnen willkommen. Ein Referent sagte seinen Leuten, daß es, wenn die Entlassenen nach Südbaden gehen können, im Süden „lauter Nazis“ geben werde.

Entnazifizierung überall, außer in der Universität Heidelberg. Der kommunistische [Landesdirektor für Arbeit] [Rudolf] Bock ist K[öhler]s bester Mitarbeiter. Der Nazi-Untergrund ist die größte Gefahr, nicht die KP. Nächstes Jahr muß die Nazi-Partei auseinandergerissen werden, indem man den nominellen Nazi zurückholt. [Aber bei der Entnazifizierung jetzt] sei Schärfe richtig. [...]

De Gaulles Rede in Freiburg⁶⁶ bei der Einsetzung der Regierung in Südbaden besagte, die Deutschen und die Franzosen seien die Repräsentanten der westlichen Kultur. Die Franzosen bearbeiten die Deutschen in Baden.

16. Oktober. Württemberg-Baden. Ministerium Köhler, Frey, Zimmermann, Cahn-Garnier⁶⁷. [...] [1.] Württemberg-Baden als Zweckverband, beschränkt auf die Gebiete Ernährung und Wirtschaft zum Austausch von Überschüssen.

2. Vereinheitlichung der Industrie beider, bei Überschüssen und Defizit.

3. Ausgleich von Plus und Minus der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen. Auf bestimmte Interessen begrenzt sind beide Partner gleich [stark].

4. Angleichung der Finanzen, Zahlungen, Gehälter.

5. Straßen und Fahrbereitschaft. NSV.

Allgemeine Ansicht: Eine Zwangsmaßnahme ist nicht gangbar. Auf welchen Gebieten sind Württemberg und Baden voneinander abhängig? Nur in der Wirtschaft und Ernährung⁶⁸.

II. 3. 3 Konsolidierungsprobleme der hessischen Regierung. [Notizen, Januar 1946]

Auf dieser Reise untersuchte Dorn vor allem den Organisationsaufbau der hessischen Regierung und ihr Verhältnis zur Militärregierung einerseits und zu den Regierungspräsidien andererseits. Dabei stellte er fest, daß der Militärgouverneur Newman „den wichtigsten Teil seiner Aufgabe,

⁶⁵ Die Franzosen versuchten, den ehemaligen badischen Staatspräsidenten Köhler für ihre badische Regierung zu gewinnen, damit die Konsolidierung einer US-Verwaltung in Nordbaden zu unterlaufen und den Amerikanern doch noch ganz Baden abzunehmen. Der „Administrateur du Pays de Bade“, Pierre Albert Arnal (als Spezialist für Deutschland- und Wirtschaftsfragen zuletzt hoher Vichy-Diplomat), empfing Köhler. Dorn notierte: „Arnal sagt, die Zeit sei nicht mehr fern, in der Baden unter französischer Verwaltung stehe, gelbe Flagge. Sagt zu Köhler, er solle sich entsprechend einrichten. 2. Wir lehnen es ab, von Beamten regiert zu werden, die jetzt von den Amerikanern ernannt worden sind. Theoretisch ist das ganze Programm Nord- und Südbaden vorbei, aber in der Praxis gibt es eine Vereinbarung. [...] Köhler macht Vorschläge und sagt, er werde tun, was in W. gemacht wird [sich analog der Regelungen in Württemberg verhalten].“

⁶⁶ Vgl. de Gaulle, a. a. O., S. 494 ff.

⁶⁷ Führende Vertreter des Landesbezirkspräsidiums Nord-Baden. Gustav Zimmermann (SPD), Landesdirektor des Innern und Köhlers Nachfolger; Fritz Cahn-Garnier (SPD), Landesdirektor der Finanzen, später bad.-württ. Finanzminister und Oberbürgermeister von Mannheim. Im folgenden nur das Ergebnis dieses Gesprächs, das Dorn sehr fragmentarisch aufzeichnete und das sich offenbar um eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Bedingungen in beiden Landesteilen bemühte, aber durch ständige Befürchtungen, von württembergischer Seite überverteilt zu werden, gezeichnet ist.

⁶⁸ Der Rest dieser Notizen besteht aus bruchstückhaften Detailangaben aus Gesprächen mit Beamten, die zwischen Freiburg und Karlsruhe pendelten, insbesondere dem südbadischen Ministerialdirektor für Unterricht und Kultus, Karl Ott.

die Beziehung zur Geiler-Regierung, nicht sicher im Griff“ habe⁶⁹, daß in den Regierungspräsidien weitgehende Unsicherheit über die eigenen Zuständigkeiten herrschte⁷⁰ und daß die Entlassungen im Zuge der Entnazifizierung die Finanzämter lahmlegten. Der parteilose Finanzminister Wilhelm Mattes hoffte, in einem Jahr wieder einen funktionstüchtigen Apparat zu haben, und versicherte, im Dritten Reich seien gerade hier die besten Kräfte beibehalten worden. Dorn notierte: „Beamtentradition blackballs newcomers.“ Innenminister Hans Venedey (SPD) wollte zwar die kommunale Selbstverwaltung nicht untergraben, sondern ihr nur Vorschläge machen; er trat aber dem Gedanken einer Dezentralisierung der Polizei entgegen, weil er „nur Demokraten“ wolle. Im übrigen wies er darauf hin, daß die Verweigerung der Einheitsfront zwischen SPD und KPD einer „Kriegserklärung gegen Rußland“ gleichkomme, da dieses seine Interessen durch die KPD vertrete. Arbeitsminister Oskar Müller (KPD) berichtete, daß das gesamte Sozialversicherungssystem zusammengebrochen sei, und fürchtete wegen des Flüchtlingszustroms um seinen Wiederaufbau. Nur 10 bis 15% der Flüchtlinge seien Männer; da man nicht alle auf das Wohlfahrtswesen und die Beschäftigung in der Landwirtschaft verweisen könne, wolle er eine Heimindustrie für Holz- und Spielwaren schaffen. Wirtschaftsminister Rudolf Mueller (LDP) warnte vor dem Treuhänderwesen („not sauber“) und forderte, die Zuständigkeiten für Wirtschaft und Verkehr den Ländern zu nehmen und im Länderrat zusammenzufassen. Dorn fand die politische Zusammensetzung der Landesregierung (6 CDU, 5 SPD, 3 KPD, 1 LDP, 3 parteilos) ausgewogen. Die SPD-Minister seien der KP gegenüber argwöhnisch; zwar befürworteten sie eine Zusammenarbeit mit der KP, aber auf dem Land geschähe meistens nichts⁷¹.

Dr. Geiler⁷²: Beziehungen zur Militärregierung gut. Newman gerecht, offen, keine unnötige Intervention. Aber unzufrieden darüber, daß alle Kontakte durch [Harold] Landins⁷³ Abteilung laufen. Die Minister haben direkte Beziehungen zu den Fachoffizieren. Personalangelegenheiten, Polizeipräsident von Haym, Henninger, Fall einer unglücklichen Ernennung, die er nicht will und die ihm aufgezwungen wurde⁷⁴. Er wünscht direkten Kontakt mit Newman, den dieser herzustellen bereit ist oder sogar schon gewährt zu haben angibt. Angelegenheit einer unerwünschten Landratsernennung. Venedey sei ein Pfahl in seinem Fleisch, müsse ihn vielleicht loswerden, denn er sei wirklich ein Kommunist. Venedey kein ausgebildeter Beamter, wisse wenig über sein Amt als Innenminister, über die Verwaltungsseite, halte viele Reden. Geiler glaubt, er verbringe nicht zuviel Zeit bei der Militärregierung und sein Ministerium bekomme die Regierungsbezirke in die Hand. Erwähnte den Plan, die Macht der Regierungspräsidenten zu beschneiden und die Aufsicht der Ministerien über die Lokalverwaltung zu stärken. Entnazifizierungsplan fertig zur Vorlage. Binder wird mir eine Abschrift schicken⁷⁵.

Er ist dafür, daß ihm die [Zuständigkeit für die] Presse übergeben wird. Hielt das Reichspressegesetz für noch gültig. Ich nicht. [. . .] Er war sich völlig bewußt, daß ab 1. Januar der ganze hessische Verwaltungsapparat in seiner Hand ist. Glaubte nicht, daß es unnötige Intervention der Militärregierung in seine Angelegenheiten gebe, und wo es noch, wie auf dem Ernährungssektor, direkte Operationen gebe, hielt er sie auch künftig noch für wün-

⁶⁹ Notizen: Ergebnis aus Gesprächen mit Newman und Landin.

⁷⁰ Stichworte aus Gesprächen mit den Regierungspräsidenten von Darmstadt, Ludwig Bergsträsser, und Wiesbaden, Martin Nischalke. Geiler hatte kurz zuvor eine Kommission, bestehend aus dem Regierungspräsidenten von Kassel, Fritz Hoch, und drei Landräten, zum Studium der Frage der Mittelinstanzen eingesetzt.

⁷¹ Aus bruchstückhaften Notizen von Gesprächen mit den genannten Regierungsmitgliedern.

⁷² Prof. Karl Geiler (parteilos), Rechtswissenschaftler an der Universität Heidelberg, Wirtschaftsanwalt in Mannheim.

⁷³ Chef der Zivilverwaltungsabteilung der hessischen Landesmilitärregierung.

⁷⁴ Offenbar unkorrekt. Zwischen Militärregierung und Landesregierung war strittig, daß am 10. 2. 1945 Hubert v. Heyden als Direktor der Abt. Transport im Wirtschaftsministerium ernannt und der Polizeichef Magnus Heimmannsberg aus dem hess. Innenministerium entlassen und durch Dr. Robert Ph. Hamberger ersetzt worden war.

⁷⁵ Gottlob Binder, hess. Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung (SPD), sollte den zweiten hessischen Entwurf für das Befreiungsgesetz übersenden.

schenswert. Müde, es schien ihm an Energie zu mangeln, obwohl er ein starkes Interesse an seiner Stellung hat; drohte, am Tag vor Weihnachten mit seinem ganzen Kabinett zurückzutreten, weil der Transportoffizier eine seiner Ernennungen nicht genehmigt hatte. Kann Major [Harold] Landin nicht leiden, der ihm mißtraue und alle Kontakte in seine Hand zu bekommen versuche. Aber der Befehl kommt vom geschäftsführenden Offizier [Charles E.] Stewart, der darauf besteht, daß alle Kontakte über Landins Büro laufen. [...] Geiler ist froh über Newman, der ihm offensichtlich freie Hand läßt; sie hielten eine wöchentliche Pressekonferenz zusammen. Newman unterstützt ihn voll bei seiner Öffentlichkeitsarbeit. Tut ihm auch persönlich manchen Gefallen; Stewart beklagte sich allerdings über seine häufigen Bitten um persönliche Vergünstigungen, z. B. seine Möbel aus Baden-Baden [zu holen]. Die Franzosen hätten sich nicht mit ihm in Verbindung gesetzt; aber er gab zu, in einigen Tagen komme ein Franzose zu ihm, um seine allgemeinen Ansichten über die deutsche Lage zu erfahren. Er sagte, er sei willens, mit ihm zu sprechen, und werde ihm sagen, er wünsche eine Föderation Westdeutschlands mit Frankreich unter französischer Führung. Fragte, ob dagegen etwas einzuwenden sei. Ich sagte ihm, er möge nichts dergleichen ohne Rückfrage bei der Landesmilitärregierung tun. Föderation mit Frankreich würde das Ruhrproblem lösen. War auf jeden Fall für enge Verbindung mit Frankreich. Der fragliche Franzose sei kein hoher, sondern ein mittlerer Offizier, der nur seine Ansichten über das deutsch-französische Problem erfahren wolle.

Dr. Hilpert⁷⁶: fing an, über die christlichen Demokraten und die Berliner Lage unter den Russen zu sprechen. War genau darüber informiert, was Schukow Dr. Hermes und Schreiber angetan hatte⁷⁷, was, wie er sagte, keine Demokratie mehr sei. Hielt die russische Landreform für einen vollständigen Fehlschlag, keine Entschädigung. Meinte, kollektive Landwirtschaftsbetriebe mit Siedlungsgenossenschaft wären besser gewesen. Bodenreform sei auch in Hessen ein wirkliches Problem, wegen der Neuansiedlung so vieler Deutscher, aber es gebe nur wenige große Güter in Hessen. Nur 1% des landwirtschaftlich nutzbaren Landes sei in der Hand von Grundbesitzern mit mehr als 100 ha. Überwiegend habe das alte römische Recht gegolten, daher die Zersplitterung. Kirchenland sei kein Problem in Hessen. Prinz zu Solms sei eine Ausnahme, und sein Land liege in der ganzen amerikanischen Zone zerstreut. Die hessische Landesregierung sei den drei Regierungsbezirken aufgepfropft, die in der Zwischenzeit viele Funktionen der Zentralregierung aufgesogen hätten. Um der Landesregierung wieder wirkliche Durchschlagskraft zu geben, sei es nötig, den Regierungspräsidenten⁷⁸ die Flügel zu stutzen. Hilpert ist sogar durchaus willens, die Regierungsbezirke völlig abzuschaffen und starke Oberbürgermeister und Landräte zu wählen – aber viele seien gegen seinen Plan, und die Zeit sei dafür noch nicht reif. Der gegenwärtige Plan sehe jedoch vor, die Macht der Regierungspräsidenten auf den Stand von vor 1933 zu reduzieren und ihre vielen zusätzlichen Funktionen zu beschneiden, die wieder dem Ministerium zufallen sollten. Die Frage einer Senkung der Verwaltungskosten sei dringend, wenn man sich den Haushalt ansehe. Er meinte, der Verwaltungsapparat sei nicht nur nicht verkleinert, sondern durch die Übernahme von Reichsfunktionen und vor allem durch wirkliche Neuaufgaben wie die Ansiedlung und das Ernährungsproblem vergrößert worden. Auch die Sozialaufgaben seien gewachsen. Die steigende Zahl der Beamten sei eine ernste Sache, besonders im Hinblick auf Gehälter und Beförderungen. Der Staat könne sie nicht alle bezahlen. Keine langfristige Planung; glaubte, daß die hessische Regierung zur Zeit nach Art einer Feuerwehr arbeite: Hier werde ein Brand gelöscht und dort ein anderer. Sie lebe wirklich von der Hand in den Mund. Er war deshalb über

⁷⁶ Stellv. Ministerpräsident Werner Hilpert, ehem. Funktionär von Wirtschaftsverbänden und des Zentrums in Sachsen, Buchenwald-Häftling, Treuhänder in Thüringen, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, Landesvorsitzender der CDU in Hessen.

⁷⁷ Andreas Hermes und Walter Schreiber wurden am 19. 2. 1945 von der SMAD aus dem Vorstand der CDU der SBZ entfernt, weil sie sich gegen die entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitzern im Rahmen der Bodenreform gewandt hatten.

⁷⁸ Alle SPD.

meine Vorhaltung nicht überrascht, daß die Landesregierung sich im Land noch nicht wirklich durchgesetzt habe. Er meinte, die Regierungsbezirke reichten nur Briefe weiter; ihre Personalausstattung könne und müsse ernstlich verkleinert werden und ihre Zuständigkeiten auch. Die Erziehung solle in der Zuständigkeit der Regierungsbezirke bleiben, aber nicht alle die anderen Aufgaben, die ihnen von den Nazis aufgeladen worden seien. [...] Landesmilitärregierung⁷⁹: Newman verbringt einen großen Teil seiner Zeit damit, die Disziplin über seine 550 Offiziere und 900 Mann aufrechtzuerhalten, überprüft Einzelfälle, beaufsichtigt die Versorgungskompanie; Oberstleutnant [Charles E.] Stewart dagegen hat das Amt wirklich in der Hand. Er gibt die meisten Befehle heraus, die Newman dann nur noch genehmigt. Weiß relativ wenig darüber, was in seinem Amt vorgeht. Ist einen großen Teil der Zeit unterwegs. Stewart befürchtet Beschneidung der Planstellen. Er gibt zu, daß seine Einheit in vielen Punkten schwach ist. Es gebe z. B. keinen wirklichen politischen Offizier, der es sich zur Aufgabe mache, über die politischen Parteien Bescheid zu wissen; die Berichterstattung sei oberflächlich und ohne viel Geschick – Landin gibt das auch zu. [Die Abteilung für] öffentliche Sicherheit habe keinen wirklichen Chef. Um die Rechtsabteilung müsse man sich kümmern; Landin sagt, in den Außenstellen sei kein Talent in Sicht. Man müsse sich um die Organisation kümmern. Newman gesteht, daß er nicht wisse, was der Einzelne tue, er überlasse dies dem geschäftsführenden [Offizier]. Der Stellvertreter [des Landgouverneurs] war zur Zeit von Oberstleutnant Kress immer schwach, jetzt ist Reed da, und ich fürchte, er ist nicht viel besser, obwohl die meisten Leute hier glauben, daß er eine Kräftigung bedeute. Die Planstellen in der [Abteilung für] Zivilverwaltung sind nicht besetzt; zuviel ist auf Landins Schultern geladen worden, der zwar selbst keine Berichte schreibt, aber sie durchsehen muß. Landin hat von Haym dem Ministerpräsidenten aufgeschwatzt, aber er sagt, er habe das ja vor dem 1. Januar noch tun können. Oberst Lee wird ausgeschiedt, um die örtlichen Stäbe zu inspizieren. Newman hat ein schreckliches Erbe von Oberst Johnson⁸⁰ angetreten, der nur Verwirrung und Unordnung hinterließ. Ist erst seit drei Monaten in seiner gegenwärtigen Stellung – nur drei Monate, was man berücksichtigen muß.

II. 3. 4 Vorbereitung der Kommunalwahlen in Franken [Notizen, erste Dezemberhälfte 1945]

Gespräche in drei fränkischen Städten über die Vorbereitung der Parteien und Behörden auf die Kommunalwahlen in ländlichen Gemeinden (unter 20 000 Einwohnern) am 27. 1. 1946⁸¹.

Aschaffenburg, Major [C. M. Em]merick.

Optimismus bei der Militärregierung über die Vorbereitung der Wahlen in diesem Landkreis mit 32 Gemeinden. Bericht, daß die Wählerlisten schon zusammengestellt sind. Wahlausschüsse werden nicht ernannt. Wahlgesetz noch nicht erhalten. Aber das Sieben⁸² wird nicht zu schwierig sein. Parteiführer: Christliche Demokraten der Stegerwald-Gruppe, die gegen Schäffer sind und Dr. Müller nahestehen, aber keine organisatorische Verbindung haben. Sie wollen die Arbeiter, die bürgerlichen Elemente, alle. Fürchten reaktionäre BVP mit faschistischen Tendenzen. In fast allen Gemeinden organisiert, in enger Verbindung mit München, Parteiführertreffen Ende November in Nürnberg. Anfang Dezember sprach Hoegner und erklärte die Absichten der Bayerischen Regierung. [...] Nur die Ortsansässigen können gesiebt werden. 20% Evakuierte; diese Leute können unmöglich wirk-

⁷⁹ Vgl. II.1.

⁸⁰ Col. C. T. Johnson sollte als Chef des Det. E-2 in Marburg eine Regierung für das Land Hessen-Nassau einrichten, woran er scheiterte. Sein Auftrag ging dann auf die Landesmilitärregierung für Großhessen in Wiesbaden über.

⁸¹ Ausschnitte aus Notizen, die im übrigen Stichworte über Verwaltungs- und Entnazifizierungsfragen enthalten.

⁸² Politische Überprüfung der Kandidaten und Wähler.

sam gesiebt werden. Das ist die große Furcht: Etwaige Nazis werden wählen, solange sie nicht herausgesiebt sind. KP überall außer in 12 der 32 Gemeinden organisiert: Die Führer sind hier nicht geschickt. Nur örtliche Veranstaltungen.

Bamberg, Landrat.

Hatte ein Gespräch mit Landrat [Thomas] Dehler und dem [zweiten] Bamberger Bürgermeister [Fritz] Hertel. Dehler sagte, sie seien mit den Wählerlisten beinahe fertig, wobei die Säuberung keine großen Schwierigkeiten mache, außer bei den Evakuierten, die 20% der Bevölkerung darstellten. Kann bis Ende Januar gerade fertig werden, wenn die Wahlverordnung rechtzeitig erlassen wird. Geringer Einfluß der Landesregierung auf örtliche Angelegenheiten, stärker dem Regierungsbezirk verbunden, der eine wirksamere Kontrolle ausübt. Vollständige Registrierung der Bevölkerung für die Wahl, jedermann erfaßt. Parteien: nur SPD, noch keine Christlich-Soziale Union, jedoch aktiv. Die Kommunisten beteiligen sich auch an der Wahl.

Sprach mit Erzbischof [Joseph Otto] Kolb und seinem Weihbischof [Arthur Michael Landgraf]. Sehr offene Diskussion. Kirche veranstaltet ein Erziehungsprogramm für alle früheren HJ-Jungen, die kommen; kein Problem auf dem Land, ein Abend in der Woche, ein Vortrag etc. Kirche und Politik: Kolb gibt zu: Die CSU ist unsere Partei. Das wurde in Berlin entschieden, und so lauten unsere Instruktionen; Kolb wies seine Priester entsprechend an. Kirche muß sich in der Politik engagieren. Hoegners Trennung von Kirche und Staat habe keine Grundlage im Bayerischen Konkordat⁸³. Das [kirchliche] Eigentum, das vor 150 Jahren [säkularisiert wurde], solle an die Kirche zurückgegeben werden. Priester können politisch tätig, aber nicht gewählt werden; keine aktiven Parteiführer. Problem der religiösen Erziehung [in der] Simultanschule. Kirche übt einen reaktionären Einfluß aus.

Bayreuth.

SPD Arbeiterpartei. Hat Ortsgruppen in 40 der 74 Gemeinden. 600 Mitglieder in Bayreuth und 800 im Landkreis, sind Arbeiter; keine Mehrheit in dieser Gegend außer in Bayreuth, sonst ist die CSU stärker, obwohl sie noch nicht organisiert ist. Durch die Priester. Sie will die Bauern und ist ziemlich reaktionär, fürchtet jedoch, die Priester könnten sie Wölfe im Schafspelz nennen. Niemand ist zu optimistisch.

II. 3. 5 Die monarchistische Bewegung in Bayern

[Notizen, meist Februar 1946]

Der erste Teil stammt von einer Inspektionsreise durch Städte Mittelfrankens, der zweite gibt Informationen aus der Umgebung Hoegners wieder (vgl. Anm. 89), der letzte ist eine Niederschrift eines Gesprächs mit Ministerpräsident Hoegner vom 18. 2. 1946. Die Originale sind von Bruchstücken deutschen Textes durchzogen. Dorns Aufzeichnungen reflektieren weithin die Position des rechten Flügels der Sozialdemokraten, daß die monarchistische Bewegung politisch eine geringere Gefahr als die CSU darstelle und überdies zur Spaltung der Rechten führen werde. Nach anfänglichem Zögern zog die Militärregierung die Lizenz der Königspartei am 10. 5. 1946 zurück⁸⁴. Dabei ist nicht ganz klar, ob sie eine Zersplitterung der rechten Partei verhindern oder sich keinen Vorwürfen der Sowjets und inneramerikanischer Kritiker aussetzen wollte, selbst den republikanischen Minimalkonsens in der Demokratisierungspolitik zu verlassen.

⁸³ Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 237 ff., der versuchte, im Wege des Einverständnisses mit den Kirchen zu einer Öffnung der Bekenntnisschulvereinbarung im bayerischen Konkordat von 1924/25 zu kommen. Sein Ziel war ein Mindestangebot staatlicher Gemeinschaftsschulen in gemischtkonfessionellen Gebieten.

⁸⁴ Vgl. Anm. 20 und aus der Sicht der Hofhistorie Kurt Sendtner: Rupprecht von Wittelsbach, Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 683 ff. Murphy an Secretary of State vom 20. 4. 1946 (in: Foreign Relations, 1946 Bd. V, S. 672 ff.), berichtete von zwei Schulen in der Militärregierung. Die Gegner der Königspartei lehnten die Monarchie überhaupt und besonders in Deutsch-

[Franken]

[Ernst] Körner, SPD-Oberbürgermeister von Ansbach, über die Monarchisten: Oberstleutnant Whittaker behauptet, daß vorige Woche einige monarchistische Führer aus München hier waren, offensichtlich, um Bürgen zu suchen; insbesondere wollten sie den Tabakhändler [Eugen] Graf sehen, der lange Hoflieferant und während der Weimarer Republik Mitglied des Königsbundes war⁸⁵. Körner sagte, die Monarchisten hätten in Mittelfranken nur geringe Chancen, solange die katholische Geistlichkeit sich nicht eindeutig zugunsten der Monarchie ausspreche. Aber Mittelfranken ist zu 60% protestantisch, während nur 40% katholisch sind. Jetzt liegt die CSU in dieser Gegend gegenüber der SPD zurück und umfaßt uneinige Kräfte. Körner glaubt, daß Protestanten und Katholiken in der CSU nicht zusammenbleiben, daß sich früher oder später die protestantischen Kräfte abspalten werden. Dr. [Josef] Müller könne beide nicht zusammenhalten, sei nicht stark genug; und dann gebe es noch Fritz Schäffer, der die Führung der alten katholischen Bayerischen Volkspartei beanspruche. Die große Frage sei, wohin die Protestanten gehen werden. Aber die Protestanten seien deutsche Nationalisten und würden nie eine separatistische Partei mittragen, weil sie in einem einigen Deutschland bleiben wollten. Die Protestanten waren auch einst deutschnational oder [Deutsche] Volkspartei⁸⁶, besonders die protestantischen Geistlichen, die in großer Anzahl 1933 zu den Nazis überliefen. Dieses reaktionäre Element werde kaum zur monarchistischen Partei übergehen, die deshalb hier nur wenig Chancen habe. Aber es gebe immer noch die katholischen Kräfte und die Bauernschaft, und diese liebten nach wie vor ihren „bayerischen Käni“. Das Haus Wittelsbach sei immer noch populär; Rupprecht pflegte auch nach Ansbach zu kommen, wo die blau-weißen Kongresse⁸⁷ abgehalten wurden. Die SPD sei stark in den Städten, [dagegen] wenig KPD. Körner glaubt auch, daß eine Volksabstimmung zuungunsten der Monarchie ausgehen werde, wenn sie bald abgehalten werde, es sei denn, die Kirche setze sich kompromißlos dafür ein, was angesichts der CDU noch ungewiß sei. CDU, SPD, KPD, LDP würden die Wählerschaft so stark zersplittern, daß eine monarchistische Mehrheit Körner kaum vorstellbar erscheine⁸⁸. [. .]

land als undemokratisch ab; sie gebe kommunistischen Angriffen auf die US-Zone neue Argumente, schaffe Zündstoff in der Bodenreformfrage (Rückgabe der königlichen Güter), tendiere gegen die gesamtdeutschen Zentralverwaltungen durch separatistische Züge und eine engere Bindung an Österreich und schaffe durch ihre Forderung nach einer westeuropäischen Staatenföderation interalliierte Konflikte. Gegen ein Verbot wurden der demokratische Charakter der Organisation der Königspartei, das Beispiel Großbritanniens und Skandinaviens sowie die Dezentralisierungsformel des Potsdamer Abkommens angeführt; Angriffe der Kommunisten gebe es so oder so, während es auf der anderen Seite unbewiesen sei, daß eine Restauration der bayerischen Monarchie den Anschluß Österreichs an einen deutschen Bund vorbereite. Das State Department bekannte sich zur ersten Schule und setzte das Verbot durch. Hilldring an Echols vom 1. 5. 1946 (ebd.).

⁸⁵ Die Bayerische Heimat- und Königspartei war zunächst nur als Münchner Stadtpartei zugelassen worden („Süddeutsche Zeitung“ vom 25. 1. 1946); um eine Landeslizenz zu erwerben, mußte sie eine Reihe von Kreisorganisationen im ganzen Land mit entsprechenden Bürgen nachweisen. Deshalb wurden alte Stützpunkte der monarchischen Bewegung im Land aufgesucht. Zur Königspartei und zum Bayerischen Heimat- und Königsbund in der Weimarer Republik vgl. Hans Fenske: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918, Bad Homburg 1969, S. 123 ff.; Sendtner, a. a. O., S. 502 ff.

⁸⁶ Etwa zwei Drittel der Bevölkerung in Mittel- und Oberfranken sind protestantisch. In den Reichstagswahlen 1924 bis 1933 entfielen in Mittelfranken (Oberfranken) auf beide liberalen Parteien zwischen 0,5 und 4,5% (1,1 und 6,4%), auf die DNVP zwischen 2,9 und 25,5% (2,6 und 31,7%) und auf die NSDAP zwischen 9,3 und 48,7% (9,1 und 51,6%). Einzelne liberale Hochburgen wie Nürnberg waren für Franken insgesamt also nicht charakteristisch.

⁸⁷ Gemeint ist der weiß-blaue Tag, der am 5. bis 8. 7. 1931 in der Garnisonsstadt des 2. bayer. Ulanenregiments „König“, Ansbach, in Anwesenheit des Kronprinzen Rupprecht abgehalten wurde.

⁸⁸ In einem anschließenden Gespräch mit Regierungspräsident Hans Schregle (SPD) bestätigte

[München]⁸⁹

Prälatengruppe in Union⁹⁰, Faulhaber, Schäffer absolut monarchistisch. Scharfe Differenzen mit J. Müller. Die Monarchisten wollten am 31. Januar 46 nur ein Flügel der Union sein, aber Müller lehnte ab⁹¹.

Zwei Richtungen in der Königspartei:

1. Rupprecht will nur für den monarchistischen Gedanken werben, aber keine Partei und keine Kandidaten.

2. Will eine richtige Partei mit Kandidaten bilden. Nr. 2 hat die Unterstützung Hoegners; ob ehrlich, bezweifeln Mitglieder der Union. Nimmt der Union Stimmen weg. Aber der Rupprecht-Flügel vertraut Hoegner oder scheint ihm zu vertrauen! Rupprecht sagt, Hoegner solle sein erster Minister werden. Der Abt von Ettal wünscht Albrecht als Kandidaten, nicht Heinrich. Rupprecht hält an seinem Anspruch noch fest. Dann Albrecht⁹². Die Monarchie soll Fassade sein, die wirkliche Macht bei einem Fachministerium liegen, in dem Hoegner die Justiz haben soll. Fachministerium soll möglichst wenig Bindungen an Parteien, auch nicht an die Union, haben – „Union hat ja keine Köpfe“.

Die bayerische Widerstandsbewegung ist eine rein monarchistische Bewegung unter Verleger Fackler⁹³. Zweck: eine Front für die westlichen Demokratie zu bilden, indem die monarchistische Bewegung als Opfer des Nazi-Terrors bezeichnet werde, „um durch Romantik dieser Verfolgung die Jugend zu gewinnen“. Antimilitaristische Züge Bayerns [seien attraktiv] für die Jugend und die Amerikaner. Freiheitsaktion Bayern⁹⁴ hat Verbindungen zu den Monarchisten. Hoegner sei über den geringen Stimmenanteil der SPD sehr enttäuscht.

Hirschberger⁹⁵: Sowohl die bayerische Sozialdemokratie wie die Kommunisten sind

auch dieser, daß die Königspartei in Franken keine großen Chancen habe, obwohl die Bauern noch am König hingen, der „bürgerlich und beliebt, liberal und demokratisch“ gewesen sei. Aber die religiösen und wirtschaftlichen Interessenunterschiede zwischen Franken und Oberbayern machten einen Erfolg der Monarchisten in dieser Gegend unwahrscheinlich. Von der protestantischen Geistlichkeit nahm Schregle an, sie werde sich von der CSU abspalten und eine andere Partei suchen. (Im übrigen über Verwaltungsfragen.)

⁸⁹ Das folgende, um einige Wiederholungen leicht gekürzte Stück ist seiner Herkunft nach besonders schwer festzulegen. Vermutlich handelt es sich zum größeren Teil um Gesprächsnotizen bei einem gesellschaftlichen Ereignis in der Umgebung Hoegners; mindestens der Schluß dürfte jedoch auf Informationen der Militärregierung zurückgehen.

⁹⁰ Gemeint ist die klerikal-konservative Führungsgruppe der CSU Altbayerns (Fritz Schäffer, Alois Hundhammer, Prälat Meixner).

⁹¹ Zu den Auseinandersetzungen in der CSU um die Übernahme des monarchistischen Programms und die Zulässigkeit einer Doppelmitgliedschaft in CSU und Königspartei – beides wurde vom Parteivorsitzenden scharf abgelehnt – vgl. Walter Berberich: Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, phil. Diss. Würzburg 1965, S. 60 ff.

⁹² Nach dem damals 77jährigen Kronprinzen Rupprecht von Wittelsbach folgten im monarchistischen Thronanspruch sein einziger noch lebender Sohn aus erster Ehe, Erbprinz Albrecht (geb. 1905), und sein einziger Sohn aus zweiter Ehe, Prinz Heinrich (geb. 1922). Albrecht war Ehrenvorsitzender des einstigen Bayerischen Heimat- und Königsbundes gewesen.

⁹³ Franz X. Fackler gehörte zum linken Flügel der legitimistischen v.-Harnier-Widerstandsgruppe im Dritten Reich. Diese Tradition wurde offenbar aus Werbegründen nach dem Krieg fortgesetzt. Fackler ging später zur CSU.

⁹⁴ Widerstandsgruppe in München und Oberbayern um Hauptmann Dr. Rupprecht Gerngroß; putschte am 28. 4. 1945 in München, bildete dann unter der Besatzung eine bürgerliche Antifaschistische Gruppe, die zuerst von den Amerikanern benutzt und dann aufgelöst wurde. Vgl. Heike Bretschneider: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933–1945, phil. Diss. München 1968, S. 218 ff. Dieter Wagner: München '45 zwischen Ende und Anfang, München 1970 und Niethammer, Entnazifizierung, a. a. O., S. 126 ff.

⁹⁵ Der Münchner Zahnarzt Dr. Fritz Hirschberger beherbergte Wilhelm Hoegner und den nachmaligen Landespolizeidirektor Michael Frhr. v. Godin nach deren Rückkehr aus der Schweiz.

föderalistisch, nur wenige internationalistisch. Unter den Kommunisten wollen höchstens 5% eine Verbindung mit Rußland, die anderen sind bayrisch. Das ermutigt Hirschberger, zu hoffen oder zu glauben, daß eine Mehrheit aller Parteien sich für die Monarchie einsetzen werde. Das bayerische Volk, insbesondere die Bauernschaft, sei monarchistisch, die Reaktion [auf die Gründung der Königspartei] sei größer als erwartet. Die Monarchisten müßten jedoch die Jugend gewinnen. Aber die jungen Leute wüßten nichts über die Zeit unter dem König, für sie sei die Monarchie eine Version der Diktatur und nicht eine Brücke zur Demokratie. Hoegner habe engen Kontakt mit der monarchistischen Gruppe. Die königliche Familie sei heute sehr siegesgewiß, sie habe besonders engen Kontakt mit den Amerikanern, und Hirschberger ist gut darüber unterrichtet, daß im Hause Wittelsbach „fast ausschließlich amerikanische Lebensmittel verwendet werden“. Alle Mitglieder der Familie mit Ausnahme des Kronprinzen Rupprecht waren im Gefängnis oder KZ „unter besonders grausamen und harten Umständen“. Hirschberger [sagt, daß] „Kronprinz Rupprecht gar nicht daran denke, auf die Regentschaft zu verzichten. Nach Rupprecht Prinz Albrecht. Erst in 3. Linie Heinrich“. Verständigung mit Christlich-Sozialen „sei nicht notwendig, da Bayern einen König von Gottes Gnaden erhalten werde“. Union ist zunächst eine politische Partei, „und diese Tatsache wird eine Fühlungnahme notwendig machen. Kardinal Faulhaber stehe völlig auf Seiten der Monarchisten“. Hirschberger und andere mögen [Josef] Müller nicht, und er ist nicht allein. „Bekannt, daß Müller Spitzeldienste für die westlichen Demokratien geleistet hat. So ist auch Schäffer ein ausgesprochener Gegner Müllers, obwohl er sich mit ihm geeinigt hat.“ Schwierig, mit einem Spitzel zu arbeiten⁹⁶.

„Hoegner und von Godin wohnten bei Hirschberger⁹⁷.“ Hoegner habe viele Feinde unter den Bayern, die ihn hinauswerfen wollen. Er wolle etwas für die Bayern tun, werde aber von den Amerikanern genau überwacht, und seine Macht sei beschränkt. Hoegner sei „nur ausführendes Organ der Militärregierung“, dies könne auf die Dauer nicht so bleiben. Die Amerikaner wollten ihn aus Bequemlichkeit bis zum Herbst beibehalten. Hoegner sei schrittweise zu der Überzeugung gekommen, daß [die Amerikaner] kein wirkliches Interesse an Deutschland hätten, besonders nicht auf wirtschaftlichem Gebiet. Italien habe vorgeschlagen, Deutschland Kredite zum Kauf italienischer Früchte einzuräumen. Die Schweiz sei bereit gewesen, Italien für Deutschland in Lire zu bezahlen „und den Betrag später [mit] Deutschland zu verrechnen“. Die Schweiz habe bezahlen wollen, aber die US hätten es verboten. Hoegner glaubt also, daß die US die Bedingungen in Deutschland nicht verbessern wollen. Will Hoegner lieber Frankreich als die US? Ja, denn Frankreich habe ein größeres Interesse an deutschen Problemen und denke europäischer als die Amerikaner. Hirschberger gehört zu den Gründern der Königspartei. Die Monarchisten seien ein Katalysator: Sie würden die Differenzen zwischen der SPD und den Christ-Sozialen ausräumen. Nur die Monarchisten könnten diese Interessen versöhnen. In kommenden Wahlen würden die Monarchisten einen großen Anteil der SPD- und CSU-Stimmen bekommen, und bei einem Volksentscheid, ob Bayern ein Königreich oder eine Republik werden solle, würden große Teile aller Parteien sich zur Monarchie bekennen. Hoegner beklagt sich, daß die Leute ihn einen Monarchisten nannten, es sei eine kommunistische Verleumdung. Wir, die SPD, wollen keine Monarchie, aber wir könnten taktische Zugeständnisse an die Monarchisten machen müssen, die von den Umständen diktiert würden. Die politische Klugheit verlange dies. Hoegner: Man kann nie wissen, welche Beziehungen zwischen den Alliierten herrschen werden. Er will nicht, daß Bayern zu ihrem Spielball werde. Hoegners Hauptinteresse ist es, die SPD zusammenzuhalten. Aber die SPD habe keine guten Redner. Es tue ihm leid, daß so viele Pg's nicht wählen könnten.

⁹⁶ Dies war ein Stereotyp der innerparteilichen Opposition des Petrakreises gegen den CSU-Vorsitzenden. Vgl. z. B. auch Delbert Clark: *Again the Goose Step*, New York/Indianapolis 1949, S. 110.

⁹⁷ Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 190.

Hoegners Kulturreferent Dr. Pfister zweifelt, ob die Amerikaner in Bayern blieben. Auch Hoegner sage: Diese Amerikaner würden bald abziehen. Die Amerikaner seien völlig unberechenbar, deshalb solle man sich nicht zu eng an sie binden, sonst sei man kompromittiert. „Hoegner habe es satt, für die Amerikaner den Briefträger zu spielen und den Rest seines Prestiges zu ruinieren.“ Er kann kein Englisch. Pfeiffer⁹⁸ will ihm einen Gesandten an die Amerikaner geben, der den Kleinkram übernehme, um ihm Zeit zu geben, nachzudenken und durchzuhalten.

Die Monarchisten wollen ein unabhängiges, antipreußisches, konservatives Bayern. Zwischen SPD und CSU sind die Monarchisten das Zünglein an der Waage. Gründer der monarchistischen Partei: Baron Franz von Redwitz, Dr. Hirschberger, Prof. Dr. Lebsche, Justizrat Braun, Hemmeter, Heinz Mayer, Baron Aretin, der offiziell kein Mitglied sei, um frei schreiben zu können⁹⁹.

Pfeiffer will, daß die beiden Links-Parteien an der Macht bleiben, denn wenn wir eine CSU-Regierung bilden, werden die linken Parteien in die Opposition gehen. Deshalb wäre es Unsinn, wenn die Union jetzt die Macht übernehme. Schäffer sei jetzt fest davon überzeugt, daß er wieder Ministerpräsident werden wird, denn „die Union hat keine Köpfe“. Müller habe kein Auge für die wirklichen strittigen Punkte. Frau Ehard¹⁰⁰: „Wir sind ausgesprochen für die Monarchie, aber zunächst halten wir uns an die Unionspolitik“, denn die Union wird einen Volksentscheid zustandebringen. Die Monarchisten werden keine Partei sein. „Hoegner fördere die monarchistische Bewegung. Auch die Kirche sei dafür, d. h. die katholische, lediglich die Jesuiten“ wünschen sie offenbar nicht. „Will Bayern sich Frankreich anschließen? Frau Ehard: Die Franzosen geben sich alle mögliche Mühe, das weiß ich.“ Sie hält Hoegner nicht für französisch. [...] Monarchisten: ausgesprochen frankophil; man sei im Augenblick aber sehr vorsichtig, „fühlt sich sehr beobachtet“. [...]

Die Hoffnungen der Monarchisten seien hochgespannt, jetzt auf Prinz Albrecht, der einmal mit, einmal ohne Bart ausgehe. „Man arbeitet mit kleinen, aber sehr wirksamen Mitteln.“ „Propaganda: Protektion gewisser amerikanischer Kreise für Wittelsbacher und geben ihnen gute Ratschläge. Hoegner ist für die Wittelsbacher. Große Teile der Union sind ihnen wohlgeneigt. Eigentlich ist dieser Propaganda zufolge alles, mit Ausnahme der Kommunisten, für die Monarchie.“ Im persönlichen Gespräch zählen sie aber nur auf die Bauern. „Über die Haltung des Bürgertums ist man sich noch nicht im klaren. Ältere Generation des wohlhabenden Bürgertums glaubt man gewinnen zu können. Bauernschaft wird sich nicht widersetzen. Adel unter Führung Baron Aretins ist dafür, im Bürgertum gibt es unter geistiger Führung Verleger Fackler[s] (Fackel-Verlag und Mitglied des Zivilkabinetts des Kronprinzen Rupprecht) eine starke pro-monarchistische Gruppe.“ [...]

Bericht, daß die Resonanz der monarchistischen Partei stärker werde, als man ursprünglich gedacht habe. Nun lege man eine politische und theologische Grundlage für die monarchistische Partei, stark separatistisch, Gottesgnadentum. Kampf gegen Kommunismus. Seitenhiebe gegen die westlichen Demokratien, die kein Gefühl für Minderheiten gezeigt hätten. „Sie wollen alles tun, um den Argwohn der westlichen Demokratien zu zerstreuen.“ Jüngst sei Prinz Heinrich wieder der Anwärter, aber ein Volksentscheid [werde das entscheiden].

⁹⁸ Anton Pfeiffer, 1923–33 Generalsekretär der BVP, CSU-Mitgründer und Hoegners Staatssekretär in der Staatskanzlei.

⁹⁹ Die Initiative zur Gründung der Königspartei war im Herbst 1945 vom Chef der Wittelsbacher Hof- und Vermögensverwaltung und Hofmarschall des Kronprinzen, Franz v. Redwitz, ausgegangen. Vorsitzender wurde der Münchner Chirurg Prof. Max Lebsche; die Organisation bauten auf Rechtsanwalt Walter Hemmeter und Oberstleutnant der Polizei a. D. Martin Riedmayr. Erwein v. Aretin war einer der Führer der monarchistischen Bewegung in Bayern vor 1933 gewesen; in zahlreichen Publikationen gestaltete er nach 1945 das Bild der Wittelsbacher als NS-Opfer.

¹⁰⁰ Frau des Staatssekretärs im Justizministerium, Hans Ehard.

[Gespräch mit Hoegner]

Die SPD ist gegen die Restauration der Wittelsbacher Monarchie, aber wenn die Mehrheit des bayerischen Volkes wünschen sollte, zu einer konstitutionellen Monarchie zurückzukehren, wird sie und auch Hoegner das akzeptieren¹⁰¹. Hoegner glaubt, daß eine Volksabstimmung über die Restauration jetzt fehlschlagen würde, daß die Monarchisten nicht mehr als 40% der Stimmen gewinnen könnten. Sollte [der Anteil] jedoch größer sein, so herrscht kein Zweifel, daß die SPD keine intransigente Opposition beziehen wird, weil die SPD in Bayern eine Minderheitspartei ist. Man erwartet nicht mehr als 35 oder höchstens 40% der abgegebenen Stimmen [für die SPD]. Das ist politischer Realismus. Auch wünscht die SPD keinen Separatismus, sondern eine Föderation, denn in einem separatistischen Bayern hätten die Arbeiter am härtesten zu leiden. Es ist ganz klar, daß Hoegner über die Organisation der monarchistischen Partei aus verschiedenen Gründen glücklich ist. Es ist ein Schlag gegen die Bayerische Volkspartei bzw. die CSU, die nach derzeitigen Schätzungen bestenfalls um 50 oder vielleicht 60% der Stimmen erhalten könne¹⁰². Glaubt, daß die Monarchisten ca. 30 bis 35% der Stimmen erreichen und damit Müllers CSU stark beschneiden würden.

Er hält die Monarchisten für verlässliche Leute, vernünftig und demokratisch, Redwitz, Hirschberger, Lebsche und andere. Sie wollten sehr ernsthaft eine Demokratie, die konservativ, aber nicht notwendig reaktionär im Sinne Hugenburgs oder Fritz Schäffers wäre. Ihre Propaganda sei unbeholfen; weder er noch seine Freunde seien in irgendeinem Sinne über das Anwachsen der Königspartei beunruhigt, von der sie annehmen, daß sie stark sein wird. Er glaubt, daß der Ständekammer-Gedanke ein bißchen mittelalterlich sei und daß seine Partei auf einem Oberhaus in der Form eines Senats bestehen würde. Auch das Gottesgnadentum dürfe man nicht zu buchstäblich nehmen, nur als religiöse Begründung der Monarchie. Die alte bayerische Monarchie sei immer liberal und ausgesprochen demokratisch gewesen – und diese historischen Erinnerungen seien immer noch sehr lebendig. Die alte Monarchie sei äußerst beliebt in diesem Land gewesen. Es gebe hinter dieser Partei keine Militaristen (obwohl viele von diesen wahrscheinlich für sie stimmen würden). Kronprinz Rupprecht sei zwar im letzten Krieg Generalfeldmarschall gewesen, habe aber als erster 1918 eine Erklärung abgegeben, daß Deutschland den Krieg verloren habe. Seine Stellung habe er nur der Tatsache verdankt, daß er ein Prinz gewesen sei, weiter nichts¹⁰³.

Einer der Gründe, warum Hoegner die monarchistische Partei begrüßt, ist die Niederlage, die sie aller Wahrscheinlichkeit nach der CSU bereiten wird. Sie wird ihr Stimmen abnehmen. Sagt, Schäffer sei ausgesprochen monarchistisch und Ehard auch. Es gebe drei Flügel in der gegenwärtigen CSU, die nicht wirklich miteinander auskämen.

1. Die Dr. Müller-Gruppe, ein linker Flügel aus Liberalen und Arbeitern¹⁰⁴. Konservative Liberaldemokraten.

2. Dr. Schäffer und die alte Gruppe der Bayerischen Volkspartei.

3. Horlacher, der den Bauernflügel in der Union stärken oder ihn sogar zu einer unabhängigen politischen Partei machen will. Wenn dies geschähe, würde die Union um den größten Teil ihrer jetzigen Bauernstimmen kommen.

Er glaubte, die Monarchisten könnten etwa 30% dieser Stimmen von [der CSU] wegneh-

¹⁰¹ Die Frage der Monarchie wurde nach dem Verbot der Königspartei in Bayern indirekt in der Diskussion über die Einrichtung eines Staatspräsidentenamtes in der Verfassung (auch diese Diskussion war eine Reprise der Zwischenkriegszeit) ausgetragen. Hoegner und der BVP-Flügel der CSU waren dafür, deren Vorsitzender mit seinem fränkischen Anhang und die Mehrheit der SPD dagegen. Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 253 ff.; Berberich, a. a. O., S. 64 ff.

¹⁰² Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 30. 6. 1946 wurden 57% der Stimmen für die CSU, 29% für die SPD abgegeben.

¹⁰³ Vgl. Sendtner, a. a. O., S. 356 ff.

¹⁰⁴ Im Orig. „the liberal worker left wing group“.

men. Dr. Müller würde dann ein kleiner Fisch¹⁰⁵ werden [...] Jetzt, sagt Hoegner, hätten Müller und Schäffer vereinbart, den Monarchisten halbwegs entgegenzukommen, indem in der bayerischen Verfassung ein Staatspräsident vorgesehen würde, der die Minister ernennen soll. Staatspräsident solle Prinz Rupprecht werden, und auf diesem Wege wolle man zu einem späteren Zeitpunkt zur Monarchie zurückkehren¹⁰⁶. Dies sei die Plattform, auf der sich Schäffer-Müller geeinigt hätten, und dieser Staatspräsident sei der erste Schritt zur Monarchie.

II. 3. 6 Unordnung in Franken [Notizen, April 1946]

Neben den administrativen Schwierigkeiten der Amerikaner wurde Dorn auf dieser Reise vor allem mit rechtlosen Zuständen konfrontiert: Überfälle der DP's (der im Dritten Reich nach Deutschland verschleppten Ausländer), Schwarzer Markt, Überforderung der Wirtschafts- und Sozialverwaltung durch den Zustrom der Flüchtlinge, unzureichende treuhänderische Verwaltung der von der Militärregierung beschlagnahmten Vermögen. Zugleich dienten Dorn die Erfahrungen in solchen Gesprächen auch als Quelle für die Einstellung der Offiziere und Behördenleiter.

Alzenau.

Hauptmann Neumann und [Hauptmann Harry C.] Morley; der erste sah wie ein Preisboxer aus, Berufsoffizier, 30 Jahre alt, wachsam, aufgeschlossen, unruhig, wohlinformiert über seinen Landkreis und seine Einwohner, 45 Gemeinden. Erwähnte den Fall einer Gemeinde, welche die Militärregierung um die Ernennung eines Bürgermeisters bat, um sie von der Pflicht einer Wahl zu entbinden; CSU-Majorität. Gute Beziehung zur [US-] Truppe, aber er hat einen unfähigen Landrat, dem andere nachsagten, er sei vollkommen unzuverlässig. Neumann scheint politisch nicht allzu geschickt, mochte aber seine Aufgabe und wollte bleiben. Hoffte, das werde ihm gestattet werden. Am interessantesten war seine Bemerkung, daß ein hiesiger katholischer Priester gesagt habe, daß jeder aus seiner Gemeinde ausgeschlossen werde, der nicht CSU wähle. Erwähnte auch den Fall einer Bande von farbigen Deserteuren der US-Armee, die im Kreis geplündert hätten, aber gefangen wurden. [...]

Aschaffenburg.

Fall eines Schwarzmarkt-Lastwagens jüdischer DP's mit zwölf Säcken Kaffee und mehreren hundert Zigarettenschachteln [auf dem Weg vom Lager Regensburg nach Frankfurt]; Lastwagen sichergestellt, aber der Frankfurter Verbrecher ist noch nicht gefunden worden. - [...] Kommunisten geben an, Priester ließen in kleinen Gemeinden die Leute Erklärungen unterschreiben, daß sie bei der Wahl für die Konfessionsschule stimmen. Geistlichkeit in der Politik. Man muß CSU wählen, wenn man sich einen guten Katholiken nennen will. - [...] Vermögenskontrolle, Skandal: Es gibt keinen Stab, der beaufsichtigen würde, was da eigentlich vor sich geht. Vermögen[skontrolle] sollte man wieder loswerden und in deutsche Hände zurückgeben - wir können diese Vermögen einfach nicht behandeln.

Ochsenfurt.

Hauptmann [William S.] Lowell [über] CSU: Man muß CSU wählen oder man muß sich vor Gott verantworten. Der Überprüfungsausschuß nach [Militärregierungs]gesetz Nr. 8¹⁰⁷

¹⁰⁵ Im Orig. „small potato“.

¹⁰⁶ Unzutreffend; Müller hat dieser Position des BVP-Flügels seiner Partei nicht zugestimmt.

¹⁰⁷ Nach der Regulation Nr. 1 unter Militärregierungsgesetz Nr. 8 waren deutsche Vorprüfungsausschüsse bei den Oberbürgermeistern und Landräten zu bilden, die Einsprüche von Personen, die von der Militärregierung im Rahmen der Entnazifizierung entlassen oder disqualifiziert worden waren, begutachten sollten. Entschieden sie negativ, war der Einspruch abgelehnt; wurde er hingegen von ihnen befürwortet, so entschied die Militärregierung, ohne an das Votum des Vorprüfungsausschusses gebunden zu sein.

läßt Nazis durchkommen, denn natürlich sind es keine Nazis; befürworten beinahe jeden Nazi im Kreis. – [Lowell ist] wachsam, nervös, mißtrauisch; will nach Hause gehen, wenn er demobilisiert wird; will auf keinen Fall bleiben. Hat keine genaue Anweisung, was von ihm an Überwachungsaufgaben erwartet wird. Keine Liste der Aufgaben, meint, daß es präzisere Beschreibungen der Pflichten geben sollte. Spricht die meiste Zeit über Entnazifizierung. Der Landrat ist im Gefängnis, weil er Milch und andere Nahrungsmittel auf dem schwarzen Markt eingekauft hat. [...]

Ansbach.

Der König des schwarzen Marktes. Kommt aus Berlin. Am 2. Mai 46 bot er dem Hauptmann in der hiesigen Einheit 400 in bar für ein Radio, das man in den Staaten für 50 Dollar kaufen kann. [...] Büroangestellter der Abteilung für öffentliche Sicherheit im Offiziersrang. Läuft mit 4000 Dollar in bar in der Tasche herum, prahlt vor den Mannschaften über einen Diamantenring (für drei Schachteln Zigaretten) und eine Armbanduhr, die er für einen Laib Komißbrot bekam. War acht Tage hier, seit dem 27. 4. Demoralisierender Einfluß auf die Leute. Und er ist bei der Polizeiabteilung und soll für die Unterdrückung des Schwarzen Marktes sorgen! Hier gibt es nicht allzu viel Schwarzmarktgeschäfte; Haight greift sich die Leute heraus, Tipping bekämpft sie seit Monaten¹⁰⁸; die Mannschaften wurden wiederholt gewarnt. Ziemlich gut unter Kontrolle.

Gunzenhausen.

Die UNRRA¹⁰⁹ soll den DPs die Fahrzeuge wegnehmen; sie haben keine Führerscheine und keine Wagenpapiere. Jedes DP-Lager hat hunderte von Autos; keine Benzinzuteilung. Wenn man Unberechtigten die Autos wegnimmt, gibt es immer Streit mit UNRRA. Mit diesen Autos machen sie Überfälle bei Deutschen wie in Lauf. – Einheit der Luftwaffe: beschäftigt zahlreiche polnische Polizeikräfte, die sie nicht kontrollieren kann. [...]

Coburg.

Grenzverletzungen und Schwarzer Markt überlasten die Gerichte. Drei Chinesen mit mehr als 10 000 Zigaretten wurden gefangengenommen. Großer Schwarzer Markt; Wasser-rationierung. Berufungen und neuerliche Überprüfung Entnazifizierter. Jeden Tag kommen Russen über die Grenze. Zusammenarbeit mit russischen Verbindungsstellen ist nicht befriedigend. [...] Russen schossen auf einen Bauernhof. Wollen Nahrungsmittel, Schnaps, Beute. Kommen nachts. Eine Frage der Truppendisziplin, aber Deutsche sind davon betroffen. Sie suchen auch Informationen über Truppenstärke, Bewaffnung. – [...] Die Offiziere dieses Regierungsbezirks sind wütend auf [die Offiziere der Landesmilitärregierung in] München, weil diese nicht aufs Land hinausgehen und dessen Probleme nicht kennen. – Eigentlich sollten die deutschen Gerichte Schwarzmarktfälle behandeln, aber es braucht bei ihnen acht Wochen, bis Anklage erhoben wird. Ergebnis: Überfüllung der Gefängnisse. 75% der Fälle von Grenzverletzungen sind Schwarzmarktfälle, welche die Amerikaner an sich gezogen haben. Das bedeutet für beide Einheiten eine unvorhergesehene Last. – Große Vermögenskontrolle. Coburg ist diese Verantwortlichkeit noch nicht abgenommen worden¹¹⁰. In einer Woche werden 28 Vermögen übernommen; in

¹⁰⁸ Col. E. M. Haight, Militärgouverneur für den Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken, Tipping wahrscheinlich sein Offizier für öffentliche Sicherheit.

¹⁰⁹ United Nations Relief and Rehabilitation Administration (1943–47) diente der Betreuung der Flüchtlinge und Verschleppten (der sog. Displaced Persons) in den von den Alliierten besetzten Gebieten.

¹¹⁰ Im Zuge des Übergangs zu indirect rule wurde den Kreismilitärregierungen auch die Kontrolle der im Zuge der Entnazifizierung gesperrten Vermögen entzogen und auf Landesebene konzentriert. März bis Mai arbeitete die Landesregierung dann an der Errichtung eines Landesamts für Vermögensverwaltung, um das örtliche Treuhänderwesen unter Kontrolle zu bringen.

Kronach letzten Monat beinahe 90 Vermögen. Der Kronacher Kontrolloffizier muß das machen: 550 Kontrollfälle, davon 210 mit Treuhänder, der Rest direkt durch die Militärregierung. Niemand [vom Hauptquartier] ist herausgekommen, um die Vermögenskontrolle zu überprüfen. München hat keinen Begriff vom Umfang der Vermögenskontrolle. Füllt in einem Kreis einen Mann [der Militärregierung] ganz aus. Korruption ist unvermeidlich unter diesen [Bedingungen]. – Einfache Soldaten können nicht autofahren. Man bekommt keine Priorität für qualifiziertes Personal. Weder in Coburg noch in Kronach [hat die Militärregierung] irgendwelche Zeit für Nachrichtendienst und Beobachtung. Erhoffen Reduzierung der Aufgaben: Lockerung der Vermögenskontrolle, Überführung der Entnazifizierung in deutsche Hände. Kronach wird mit zwei Mann in der Einheit nicht auskommen. Hauptmann Norton hat in Coburg Schwarzmarktwaren im Wert von 3 Millionen aufgedeckt. – Ehard¹¹¹: unterbezahlte und unqualifizierte Gefängnisbeamte. Die Grenzpolizei hat seit Januar kein Gehalt bekommen. Nichts ist geschehen, um Gefängniswärter auszubilden. Zwei Wärter, sechs Wächter: entlassen wegen Unwirksamkeit.

Franklin aus Hersbruck und Humphrey aus Lauf¹¹².

Keine Zeit für die wesentlichen Pflichten. Die Aufgabe wird härter. Schwierigkeiten zu erwarten. [Die Abteilung für] öffentliche Sicherheit bekämpft gesetzwidriges Verhalten polnischer DPs. Beutezüge gehen los. Sie tragen amerikanische Uniformen, sind bewaffnet, fahren unsere Autos. Landjägerei und Stadtpolizei: Lage hoffnungslos. Überfälle auf einsame Höfe, Frau und Kinder geschlagen, Haus ausgeplündert, Waffen. Bevölkerung verlangt, daß die höheren Polizeidienststellen wegen der Ernährungslage [eingreifen].

Der Landrat von Lauf¹¹³.

Mangel an Unterstützung durch die Militärregierung und an Recht und Ordnung. Sagte, es seien immer noch mehr als 1000 DPs da. Die Bevölkerung verstehe das nicht. Überfälle seien zwar zurückgegangen, aber gerade in den letzten Tagen wieder schlimmer. Fahren in Jeeps mit Feuerwaffen herum, arbeiten nicht, tragen amerikanische Uniformen. DPs machen Schwarzmarktgeschäfte mit ihren Nahrungsmitteln. Sagt, es gebe viel vermeidbare Unordnung. Rowdytum amerikanischer Soldaten. Überfall auf den Bürgermeister von Lauf, [der im] KZ [war], zusammengeschlagen. Schulrat (ein Demokrat) zusammengeschlagen, noch ein dritter zusammengeschlagen. 17 weitere Zwischenfälle. Vertrauen in die US-Besatzung untergraben. Der Landrat bekommt nichts als Versprechungen. Das untergräbt demokratische [Bestrebungen. Die Leute] werden gefühlsmäßig Nazis; keine Möglichkeit mehr, sie zu beeinflussen. Will zurücktreten. Wenn wir keine Autorität haben, soll es doch die Militärregierung machen. Deutsche wollen ihre Zuständigkeit wieder an die Militärregierung zurückgeben. Ernährungslage: hoffnungslos. Sie bekommen mehr Flüchtlinge pro ha, als sie ernähren können. Mehl nur noch für weniger als eine Woche. Überprüfung der größten Höfe [... ergab], daß es keine übertriebene Nichtablieferung bei den Bauern gibt. Fabrikarbeiter und Flüchtlinge hungern. Seit fünf Wochen kein Regen: Es wird überhaupt kein Mehl geben. Es wird kaum eine Ernte geben. Major Humphrey ist ziemlich hoffnungslos bezüglich der Ernährungslage. [...]

Hersbruck.

Die DPs machen dasselbe: Rauben, Schlagen. Letzte Nacht ein Beutezug. DPs raubten das deutsche Flüchtlingslager aus. 20 Soldaten [von uns dabei], Verdruß. Ernährungslage ist dieselbe, kein Getreide, keine Schuhe. Viele Familien schicken ihre Kinder nicht in die Schule, weil sie keine Schuhe und Kleider haben. Schwierigkeiten zwischen Franken und

¹¹¹ Offenbar Zwischenschaltung einer Information des Staatssekretärs im Justizministerium.

¹¹² Kreismilitärgouverneur in Hersbruck war Major F. M. Dunbaugh, in Lauf Captain E. N. Humphrey.

¹¹³ Der Kaufmann Kurt Böhmer (SPD) war 1946–52 Landrat in Lauf.

München. Der Flüchtlingsminister¹¹⁴ ist „zuständig und macht seine Sache schlecht. – Arbeitsverteilung. Roßhaupter¹¹⁵ hat Arbeits[amt] in Südbayern, aber nicht in Mittelfranken. Kein Offizier für Vermögenskontrolle in Hersbruck: bis Juli. Sie machen es, so gut sie können, aber es sei hier schlecht gelaufen (alles nur wegen des Abzugs der Leute von der Vermögenskontrolle). Juden: sollen in der Synagoge von Bamberg ein Schwarzmarktlager haben. Prestigeverlust der örtlichen Militärregierung. Machen aus den Deutschen Feinde. Unser Prestige ist so ziemlich weg. Humphrey geht nach Hause, weil er nicht auf einem sinkenden Schiff ausharren will. Mangel an Unterstützung durch München. Humphrey versuchte, unsere Politik in Sachen öffentlicher Veranstaltungen herauszufinden; Uston¹¹⁶ gab schlechte Auskunft. Ekel über Propaganda. Er verfährt jetzt nach dem gesunden Menschenverstand. Wandel in der Einstellung der Leute. Prestige [hängt ab von] DP und dem Verhalten unserer eigenen Truppen. Örtliche Offiziere: Wenn sie von den Leuten gefragt werden, können sie keine Auskunft geben; gehen dann nach München, und dann kommt die Antwort zu spät. Keine Handlungsvollmacht. Die Bayerische Regierung funktioniert am Ort ebenfalls nicht so, wie sie sollte. [. . .]

Landrat [Max] Walther, [SPD] Pegnitz.

Einquartierung [der Flüchtlinge]: Mangel an geschulten Beamten; es fehlen viele; man muß sie von der Straße ersetzen. In Bayreuth kämmen sie alle Arbeiter [aus den Flüchtlingen] heraus und schicken nur Frauen und Kinder weiter. Seifried¹¹⁷ dafür verantwortlich. Jüdische DPs, jetzt als Treuhänder eingesetzt, mißbrauchen ihre Stellung. Berichte darüber haben eine Untersuchung in Gang gebracht. Revirement bei 31 aus der Gruppe der 141 jüdischen Treuhänder. Fürsorgewesen enorm: 750 000 RM, aber 400 000 RM von der bayerischen [Regierung]. In Pegnitz gibt es 10 000 Flüchtlinge bei 27 000 ansässigen Einwohnern. Kleinbauern. [. . .] Wie man zusätzliche 5000 aus dem Süden noch unterbringen soll, [ist eine offene Frage]. Genügend Landarbeiter, benötigt werden Bauarbeiter. Verkleinerte Rationen sind eine Härte für die Bergleute. Ablieferung ist schlecht. – Jugendproblem. Jugend ist unzufrieden, kein „Anschluß“, in den Nazismus gezwungen, gedrillt [und nochmals] gedrillt im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht, haben nichts gelernt, fühlen sich verlassen. Niedrige Gesinnung der Jugend. Kein Sinn für Gesetz und Recht, allenfalls Sport und Tanzen. Die Jungen gehen auch nicht zu Parteiversammlungen. [Nur] SPD bekommt junge Leute. Walther nicht erbaut über die Münchner Regierung. Die Ministerien arbeiten für sich. Seifried sei zwar jünger als Walther (72), aber seniler. Bayreuth¹¹⁸ sei oberflächlich und schwach. Zu kommunistisch. Suche nach Beamten, die richtig Deutsch schreiben können. Geistiger Niedergang. Neue Zeitung: „geistige Verödung“ von den anderen Zeitungen. [. . .]

Ansbach. [Landrat Richard] Neff in Anwesenheit von Haight und Whittaker¹¹⁹: 15 [000] Flüchtlinge bei 33 [000] ansässigen Einwohnern. 82 Gemeinden, 11 Unterbezirke. Nach Ansbach und Lauf kommen Einzelflüchtlinge; das Ministerium hat dies mit Absicht getan. Der Flüchtlingskommissar und der Landrat kommen miteinander aus. Finanzierung bietet keine akuten Schwierigkeiten. Ernährung: Getreideablieferung wird nicht boykottiert,

¹¹⁴ Der zuständige Minister war Innenminister Josef Seifried (SPD); gemeint ist wahrscheinlich der im Nov. 1945 eingesetzte Staatskommissar für das Flüchtlingswesen Wolfgang Jaenicke, früher Regierungspräsident von Breslau und Potsdam, MdR der Staatspartei und Berater Tschiang Kai Sheks für Verwaltungsreformfragen.

¹¹⁵ Arbeitsminister Albert Roßhaupter (SPD).

¹¹⁶ Offenbar ein Offizier der Informationskontrollabteilung der bayerischen Landesmilitärregierung.

¹¹⁷ Vgl. Anm. 114. Max Walther aus Lauf war nur von Januar–Mai 1946 Landrat in Pegnitz.

¹¹⁸ Gemeint ist die oberfränkische Bezirksverwaltung.

¹¹⁹ Vgl. Anm. 108. Lt. Col. W. R. Whittaker war Gouverneur im Stadt- und Landkreis Ansbach.

aber es gibt noch Kartoffeln hier. (Die Vorwürfe der Zeitungen über hohe Ablieferungsverweigerungen treffen hier nicht zu). – In der Landkreisverwaltung sei jetzt ein besseres Personal als unter dem Nazi-Regime. Das trifft auch auf andere Landkreise zu. Neff tobte nicht gegen die Entnazifizierung. – Hier hat es in den letzten 5 Monaten kein DP-Verbrechen gegeben, weil die Militärregierungsbeamten die Aufgabe der Militärpolizei, die von den taktischen Truppen vernachlässigt wurde, übernommen haben. – Schwierigkeiten mit den DPs in Ansbach-Stadt: Die Stadt muß für die Armee und die DPs aufkommen, und die letzteren kosten sehr viel mehr als die Militärregierung. Große Arbeitslosigkeit [...] 15 000 Flüchtlinge arbeiten nicht. Arbeitsamt will diese Leute in die Landwirtschaft pressen. Aber Mangel an Schuhen und Kleidung. Sie wollen ihre Arbeit nicht tun. Die Flüchtlinge arbeiten nicht – sie sehen den Bauern bei der Arbeit zu. Sand im landwirtschaftlichen Getriebe – Problem der Wohlfahrtsverwaltung: hohe Kosten für die Flüchtlinge. Den Kriegsverletzten kann man nicht helfen. Sie bekommen nichts: Ein Soldat ohne Beine bekommt nichts. Die Wohlfahrtsunterstützung muß er zurückbezahlen. Viele Hundert arbeitsunfähig. [...] Neff] warnt vor verfrühtem Rückzug der Militärregierung aus dem Landkreis, wie ihn Whittaker voraussieht. Übermäßige Eingriffe der bayerischen Regierung; der Landkreis sei nicht frei, die bayerische Regierung habe die Kontrolle wirklich in der Hand. Hoegner gehe in der Entnazifizierung weiter als die Militärregierung. Hoegner: Jeder, der in der Partei war, ist zu suspendieren, auch wenn die Militärregierung ihn überprüft und annehmbar befunden hat. In einem solchen Fall hat Neff die Suspendierung von vier Bürgermeistern durch Hoegner ignoriert. Jedermann fürchtet sich davor, ein öffentliches Amt zu übernehmen, wegen Fragebogen etc. Hoegners Anweisung wurde in der Münchner Militärregierung erst nach vier Wochen bekannt. – [...] Wir zwingen die Rechte in die CSU, indem wir keine Partei rechts der CSU erlauben. Die CSU hat jetzt in Ansbach 83%. Es müßte eine weitere Rechtspartei geben. [...] Neff hat einen Vertreter der Flüchtlinge, der ihn informiert. Ihm liegen keine Klagen der Flüchtlinge über die einheimische Bevölkerung vor. Neff glaubt, daß die Flüchtlinge politische Rechte haben sollten. Ihre Stimmen würden in Ansbach die SPD stärken. Der Landrat wird in den nächsten vier Jahren sowohl für die Flüchtlinge wie für die, die von diesem Landkreis abhängen, zu sorgen haben, aber er wird nur von den Einheimischen gewählt. Das ist keine gesunde Sache. Die Lage wird den Landrat zwingen, viele Dinge gegen die [Interessen der] einheimischen Bevölkerung zu unternehmen. Ein Landrat, der sich nur um seine Wiederwahl kümmert, wird gegen die Interessen der Flüchtlinge und der Leute außerhalb dieses Kreises, die ernährt werden müssen, arbeiten.

II. 4 Aufklärung gegen Reaktion

Am Ende seiner Reisen als Adcocks Berater zog Dorn die Schlußfolgerung, daß die polizeimäßige Entnazifizierung keine politische Perspektive habe, solange sie nicht von einer breiten Kampagne zur politischen Bildung und Mobilisierung begleitet werde. Im Unterschied zu den offiziellen Vertretern der frühen Reeducation¹²⁰ glaubte Dorn jedoch weder an die Wirksamkeit unmittelbarer Übungen in gemeindlicher Diskussion und Demokratie durch Stadtforen und Bürgerinitiativen noch an eine von der Militärregierung gesteuerte liberale öffentliche Meinung, weil ihm beides ganz anderen soziokulturellen Verhältnissen aufgepfropft erschien. Diese mußten jedoch unter der von OMGUS forcierten Abhaltung von Wahlen einen unwiderstehlichen Einfluß auf die politischen Institutionen ausüben. Vielmehr könnten bleibende Erfolge nur durch eine Aktivierung und Koordinierung der deutschen kulturellen Eliten erzielt werden. Sie sollten ermuntert und aus der Provinzialität der vergangenen Jahre herausgerissen werden, um ihrerseits zum Zentrum einer innerdeutschen Aufklärung gegenüber der ‚antidemokratischen Reaktion‘ zu werden. Dazu diene der in die Form eines politischen Aufsatzes gekleidete Vorschlag, einen Kulturrat zu institutionalisieren, sozusagen einen Senat für kulturelle Erneuerung und Aufklärung, eine Art Illu-

¹²⁰ Vgl. Anm. 15.

minatenagentur¹²¹. Dieser Vorschlag war bereits in OMGUS mit den zuständigen Abteilungen abgeklärt worden und hatte die Zustimmung von Gen. Robert A. McClure (Informationskontrolle), Oberstleutnant John D. Taylor und seines Stellvertreters Dr. Thomas Alexander (Erziehung), Botschafter Robert D. Murphy (Politische Abteilung) und im Grundsatz auch von Henry Parkman (Innenressort) gefunden¹²². Wie üblich warnte Dorn vor direkter amerikanischer Einmischung und wollte den Deutschen bei der Verwirklichung möglichst weitgehend freie Hand geben. Der Vorschlag wurde nicht realisiert: Offenbar ist er im Zuge der Verfassungsgebung der Konstruktion des bayerischen Senats zum Opfer gefallen. Ersatzweise wurde versucht, unter Waldemar v. Knoeringen in der bayerischen Staatskanzlei eine Zentralstelle für politische Bildung zu schaffen, welche die öffentliche Meinung beobachten, Träger der politischen Bildung unter den Organisationen aussuchen und Referenten vermitteln sollte¹²³. Der Plan wurde von der Erziehungsabteilung der bayerischen Militärregierung befürwortet, von Gen. Muller jedoch OMGUS zur Entscheidung überwiesen. Dorn empfahl ihn Clay mit der Maßgabe, zur Kontrolle einen Referentenausschuß in der Militärregierung zu bilden¹²⁴. Clay lehnte aber offenbar den ganzen Plan ab, weil er das Informationswesen vom Staat trennen wollte¹²⁵. Dadurch ist eine eigenständige Organisation der politischen Bildung unter den Deutschen stark verzögert worden.

[Denkschrift vom 22. Mai 1946]

Die antidemokratische Reaktion in Bayern und ein Vorschlag für einen Kulturrat.

I a. *Vorbemerkungen.* Nach einem Jahr intensiver Entmilitarisierung und Entnazifizierung, die keinen Zweig des deutschen Lebens ganz unberührt gelassen haben, gewinnen antidemokratische und reaktionäre Kräfte wieder an Stärke. Es kristallisiert sich eine neonazistische, nationalistische und militaristische Einstellung heraus. Das gilt besonders für Bayern, das konservativste Land der US-Zone, worüber eine ausführlichere Erörterung dieser Vorlage beigegeben ist¹²⁶. Die „Ordnungszelle Bayern“ – ein deutscher Ausdruck für die bayerische Reaktion, die [...] Hitler ermöglichte – bildet sich von neuem. Das ist ersichtlich in den ländlichen Gemeinden wie in den Großstädten, unter den Lehrern, die entnazifiziert worden sind, im Beamtentum sowohl in München wie auf dem Land, in den Universitäten nicht weniger als in den bayerischen Kirchen beider Konfession.

Diese bayerische Reaktion drückt sich in einer ostentativen Sympathie für hinausgeworfene Nazis aus, in der notorischen Neigung, demokratische Institutionen, die ihr als fremd und korrumpierend gelten, lächerlich zu machen, in der Unpopularität der Regierung Hoegner und in den vergiftenden Flüsterkampagnen gegen diesen¹²⁸, die von bestimmten Mitgliedern der CSU systematisch organisiert werden, in einer stillen und verdeckten Sabotage von Seiten des bayerischen Beamtentums, in einer bayerischen Variante einer „Deutsch-Nationalen“, chauvinistischen und antiamerikanischen Propaganda in weiten Kreisen, in einer psychischen Weigerung, die tieferen Ursachen der deutschen Katastrophe zu verstehen, in ausgeprägtem Fremdenhaß, der sich gegen die Evakuierten und Vertriebenen wendet, in einer heftigen Anklage der liberalen „Preußen“, die in den Münchner Ministerien beschäftigt sind, und in jener Empfindung, die der amtsenthobene Rektor der Universität München Rehm¹²⁹ mit den Worten ausge-

¹²¹ Man beachte Dorns Assoziationen an das 18. Jahrhundert in der Denkschrift.

¹²² Dorn an Clay, undat. handschriftlich, als Begleitschreiben zu der folgenden Denkschrift.

¹²³ Notizen eines Gesprächs mit Waldemar von Knoeringen vom 6. 8. 1946 (Wiedergabe des wesentlichen Inhalts in Abschnitt II.1 der Denkschrift in III.2).

¹²⁴ Memorandum Dorn an Clay vom 12. 8. 1946 „Office of Political Education in Bavaria“.

¹²⁵ Vgl. Anm. 17.

¹²⁶ Siehe Abschnitt II dieser Denkschrift.

¹²⁷ Im Orig. steht: „nach 1923“.

¹²⁸ Vgl. Hoegner, a. a. O., S. 245 ff.

¹²⁹ Prof. Albert Rehm, Ordinarius für klassische Philologie, war Mitte März entlassen worden, nachdem gegen ihn der Vorwurf, dem Stahlhelm angehört zu haben und mit Militaristen zusammenzuarbeiten, erhoben worden war. Zur Personalsituation an der Universität München vgl. Trend (Hrsg. von ICD OMGB) Nr. 1 vom 30. 5. 1946, S. 9 ff.

drückt hat, die Deutschen könnten vom Ausland nichts lernen. Weil die Haltung so allgemein verbreitet ist, ist sie viel gefährlicher als einzelne Werwolf- oder Edelweiß-Abenteurer¹³⁰. Sie dringt überall ein und hat auch die demokratischen politischen Parteien schon in unterschiedlichem Ausmaß berührt. Man begegnet ihr bei vielen bayerischen Sozialdemokraten und bei den Liberalen, die sich im Unterschied zu den Liberalen anderer Länder nicht vereinigen konnten¹³¹. Die bayerische CSU bietet nicht einmal [auf dem Papier] eine Gegenkonzeption: Ihr Führer ist sogar besonders stolz darauf, überhaupt kein Programm zu haben.

Diese Reaktion festigt sich trotz einer freien Presse, weil diese, zumeist in Händen von Sozialdemokraten, sich nicht an den besonderen Charakter dieser bayerischen Mentalität wendet. Auch die vollständigste Berichterstattung über die Nürnberger Prozesse macht keinen Eindruck auf die bedeutendsten Kräfte des bayerischen Volkes. Diese Reaktion formiert sich mitten in den neuen Parteien, die in Wirklichkeit die alten Parteien sind und von alten einfallsslosen Berufspolitikern geführt werden, weil diese Parteien aus Gründen, die hier nicht erörtert zu werden brauchen, keine Resonanz im Volk gefunden haben¹³². Weder entsprechen sie der Sozialstruktur des Landes, noch vertreten sie – mit Ausnahme der CSU – die Gedanken, Gefühle und Wünsche des bayerischen Volkes. Wie die neue lizenzierte Presse haben sie noch keine Wurzeln in den Massen geschlagen; sie sind etwas Künstliches, nichts Spontanes. In einigen Gebieten geht die Parteimitgliedschaft sogar zurück. Die große Mehrheit der Bayern, insbesondere auch die Intellektuellen, halten sich fern von diesen politischen Parteien wie auch von einer aktiven Teilnahme an der Regierung Hoegners.

Man kann auf die Kritik des Londoner „Economist“ vom 6. April 1946¹³³, daß man das Problem der Entnazifizierung im ganzen negativ angepackt habe, kaum eine gute Antwort geben. Die Entlassung aktiver Nazis aus öffentlichen Ämtern, aus führenden Stellungen im Wirtschaftsleben und aus sozialen und erzieherischen Institutionen war eine notwendige Polizeimaßnahme. Diese Polizeimaßnahme ist in der US-Zone mit bemerkenswertem Erfolg gründlich ausgeführt worden. Aber sie war nur ein Mittel zum Zweck selbst. Jetzt, da seit dem 5. März 1946 dieser ganze Vorgang in deutsche Verantwortung übergegangen ist¹³⁴, ist zu befürchten, daß dieses ganze Experiment fehlschlagen könnte, wenn es nicht von einer Erziehungskampagne begleitet wird, die mit gleicher Erfindungskraft, Intensität und Energie unternommen wird. Diese Kampagne entspringt deutscher Initiative und muß auch in deutscher Verantwortung bleiben.

Es gibt politisch verlässliche und gebildete bayerische Männer und Frauen, die ein solches intensives Erziehungsprogramm vorwärtstreiben können, und sie sind bereit, die Initiative zu ergreifen. Es sind einzelne, die davon überzeugt sind, daß die Erziehung des deutschen Volkes zu demokratischen Auffassungen von aktiven Deutschen selbst unternommen werden muß. Unglücklicherweise leiden diese Einzelnen jetzt unter der Zersplitterung ihrer Kräfte wie auch unter Diskriminierung und Sabotage von Seiten der Ministerialbürokratie, der nur zu häufig jede Sympathie für ihre Unternehmungen fehlt. Berichte über den feindseligen bürokratischen Widerstand gegen ihre Bemühun-

¹³⁰ D. h. noch nicht ausgehobene Nazi-Widerstandsnester.

¹³¹ Erst am 15. 5. 1946 wurde aus 30 zersplitterten und meist kleinen lokalen Gruppen ein Landesverband der FDP in Bayern gebildet. Besonders verzögernd und erschwerend hatte hier gewirkt, daß die CSU in der Ausprägung Josef Müllers beträchtliche Anziehungskraft auf die traditionell liberalen Gruppen ausgeübt hatte. Vgl. Berthold Mauch: Die bayerische FDP, Phil. Diss., Erlangen 1965, S. 18 ff.

¹³² Vgl. dazu den Beitrag des G-2 der 3. US-Armee, Robert G. Neumann: The New Political Parties of Germany, in: Americ. Pol. Science Rev. 40 (1946), S. 749 ff.

¹³³ „The German Crisis“, Economist vom 6. 4. 1946, S. 527 ff.: „De-Nazification has removed one set of men but it has put nothing positive in their place.“

¹³⁴ Durch das Befreiungsgesetz vom 5. 3. 1946, vgl. III.

gen begegnen zu häufig, als daß man leicht darüber hinwegsehen könnte. Der bayerische Staat mit seinem schwerfälligen und teilnahmslosen Verwaltungsapparat ist selbst offensichtlich nicht die Institution, die eine solche Erziehungskampagne führen könnte.

b. *Der Kulturrat.* Der folgende Vorschlag beansprucht keine Vollständigkeit. Er wird nur als Anregung unterbreitet und kann von der Militärregierung oder auch von den Deutschen erweitert oder abgeändert werden. Die Sache ist schon ausgiebig in Kreisen der Intellektuellen in München und anderswo diskutiert worden und unterscheidet sich nicht grundsätzlich von einem ähnlichen Vorschlag, der in den Entwurf der geplanten Verfassung von Großhessen aufgenommen werden soll¹³⁵.

Der vorgeschlagene Kulturrat soll keine demokratische Version eines Propagandaministeriums werden. Deshalb muß er vom Staat unabhängig sein, etwa in dem Sinne, wie die alte Münchener königliche Akademie [der Wissenschaften] vom bayerischen Staat unabhängig war. Er muß gleichermaßen von den politischen Parteien unabhängig sein, damit er nicht ein Werkzeug für die Propagierung von Gedanken und Interessen einer einzigen politischen Gruppe wird. Gleichwohl muß eine solche Institution die Unterstützung und das Vertrauen des bayerischen Staates haben. Nichts spricht gegen die Annahme, daß Ministerpräsident Dr. Hoegner und sein Kabinett einen solchen Kulturrat unterstützen würden. Unnötig zu sagen, daß ein solcher Rat und seine verschiedenen Ausschüsse unter dem forschenden Auge und der Kontrolle der Militärregierung handeln würden. Eine komplizierte Organisation ist nicht notwendig. In den Anfangsphasen braucht man nicht mehr als ein Sekretariat und eine Reihe von Arbeitsausschüssen, die der Vollversammlung des Rats verantwortlich wären. Am Anfang müßte der Rat selbst nicht mehr als zwanzig Männer und Frauen umfassen.

c. *Zusammensetzung und Tätigkeitsbereich.* Ein solcher Rat oder Senat würde seinen Sitz in München haben und sollte zunächst aus einheimischen Bayern zusammengesetzt werden. Weil heute so viele Evakuierte und Vertriebene in Bayern leben, müßten jedoch einige prominente Nicht-Bayern hinzugenommen werden. Eine kompromißlos demokratische Einstellung, die Achtung ihrer Landsleute und Leistung sollten die einzigen Auswahlkriterien sein. Die Kandidaten sollten von der Sonderabteilung der Abteilung für öffentliche Sicherheit OMGB gesiebt werden. Hier wird keine bestimmte Methode für die Ernennung der ersten Mitglieder vorgeschlagen. Die Beziehung eines solchen Rats zum bayerischen Staat könnte in Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten definiert werden. Öffentliche Beamte wie der bayerische Staatsbeauftragte für Universitäten und der Referent für Theater, Film und Radio im Erziehungsministerium sollten nicht ausgeschlossen werden. Außerdem sollten die folgenden öffentlichen Institutionen vertreten sein: Universitäten und höhere Schulen, der süddeutsche Frauenring, verschiedene Vertreter der Presse wie Kästner und Schöningh¹³⁶, je ein Vertreter jeder Religionsgemeinschaft einschließlich der jüdischen, der Juristen, der Ärzte, der Architekten, der Verleger, des Theaters, der Gewerkschaften, des Bauernbunds und der bayeri-

¹³⁵ Gemeint ist wahrscheinlich der „Wirtschafts- und Kultursenat“, wie er in den Art. 43–49 des sog. „Königsteiner Entwurfs“ zur hessischen Landesverfassung (ausgearbeitet von Geilers Berater Ulrich Noack und Paul Kremer und im Namen der CDU im Juli 1946 vorgelegt) vorgesehen war. Er sollte sich aus je 18 Vertretern der Wirtschaft und der Kultur (4 Kirchen, 4 Universitäten, 2 Erwachsenenbildung und 2 Presse sowie 6 Einzelpersönlichkeiten) zusammensetzen und ein Einspruchsrecht im Gesetzgebungsverfahren haben, das nur durch $\frac{2}{3}$ -Mehrheiten des Landtags bzw. durch Volksentscheide überwunden werden könnte.

¹³⁶ Erich Kästner war damals Feuilletonchef der amerikanischen „Neuen Zeitung“; Franz Joseph Schöningh Mitherausgeber der „Süddeutschen Zeitung“ und Herausgeber der katholischen Zeitschrift „Hochland“.

schen Jugend. Diese Liste kann je nach Lage verlängert oder gekürzt werden. Es könnte auch einen etwas größeren Beirat prominenter Bayern in beratender Funktion geben. Zu den Tätigkeiten des Rates sollte gehören:

1. Eingehende Beobachtung der bayerischen öffentlichen Meinung.
2. Ausarbeitung eines umfassenden Plans für eine demokratische Erziehung aller Klassen durch Vorträge, kulturelle Veranstaltungen in den Universitäten, Volkshochschulen und [sonstigen] Vereinigungen in München und auf dem Land.
3. Suche nach geeigneten Leuten, die fähig und willens sind, an der Ausführung dieses Plans mitzuarbeiten; z. B. politisch bildende Beiträge für die Provinzpresse zu schreiben.
4. Interne, nicht öffentliche Diskussionen in Vollsitzungen des Rates über Erfahrungen, Beobachtungen und Planungen.
5. Ernennung neuer Mitglieder des Rates durch Kooptation.

Ein solcher Rat kann in der gegenwärtigen Krise einen doppelten Dienst leisten: Er kann viel zur Erziehung und Aufklärung der Öffentlichkeit beitragen, und er kann die fortschrittlichen Bayern und andere Intellektuelle aus ihrer Isolierung herausreißen und sie in den Dienst der politischen Erziehung drängen.

Walter L. Dorn

[Anlage]

Politische Reaktion in Bayern.

II *Hintergrund.* Die Sozialstruktur Bayerns ist ziemlich bekannt. Es ist die Heimat bäuerlicher Eigentümer kleiner Höfe, die plötzlich durch eine Invasion eigentumsloser Evakuierter und Vertriebener durcheinandergebracht worden ist. Der Feudaladel mit größeren Landgütern spielt nur eine geringe Rolle. Trotz einiger großer Industrien ist der verstärkte Bayer vorwiegend Kleinbürger und Handwerker. Ein großes, einflußreiches Industrieproletariat gibt es nicht; SPD und KPD sind Minderheiten. Das gilt auch für die bayerischen Liberalen, die sich im Gegensatz zu den Liberalen anderer Länder nicht vereinigen konnten. Hier wohnen die früheren Parteigänger Hitlers, die sich noch immer fast allgemeiner Sympathie erfreuen, ebenso wie Deutschnationale, auf die Kirche versessene Ultramontane, alte Armeeoffiziere und Bürokraten, die Bürgermeister und Landräte früherer Zeiten, der unverbesserliche Teil der Hitlerjugend – mit einem Wort: alle Feinde der Demokratie.

Bekanntlich ist der bayerische Katholizismus unverkennbar reaktionär. In den vergangenen Jahrzehnten war er offen imperialistisch und militaristisch. 1918, unwiderruflich 1920, hat sich die Bayerische Volkspartei von der katholischen Zentrumsparterie abgespalten, weil das Zentrum eine Koalition mit den Sozialdemokraten und den Liberalen gebildet hatte, die Bayerische Volkspartei aber immer antisozialistisch und antidemokratisch war. Wie Joseph Wirth und Heinrich Brüning gezeigt haben, ist der deutsche Katholizismus keineswegs ganz undemokratisch, aber die Bayern standen immer in offener oder geheimer Opposition gegen diese Weimarer Kanzler. Deshalb waren die Liberalen und Sozialdemokraten stets gezwungen, gegen eine politische Übermacht zu kämpfen. Zahlenmäßig waren sie nie stark genug, eine bayerische Regierung zu bilden. Die Weimarer Koalition – Zentrum, SPD und Liberale –, die jahrelang das Reich als ganzes, Preußen, Baden und Württemberg beherrschte, war in Bayern trotz 33% protestantischer Bevölkerung nie möglich.

Gegenüber der Besatzungsmacht zeigen die Bayern ihr verwurzelt bayerisches Bewußtsein und wollen nicht zugeben, daß auch sie durchaus verpreußt sind. Es gibt keine wesentlichen Unterschiede im Bild eines bayerischen und eines preußischen Unteroffiziers. Bayerische Kanzler wie Hohenlohe und von Hertling waren nicht weniger imperialistisch als von Bülow und die Preußen; auch Gessler, der die geheime Wiederaufrüstung unterstützte, war ein Bayer. König Ludwig III. war einer der intransigentesten Annexionisten im Ersten Weltkrieg. Für den bayerischen Ministerpräsidenten Kahr war die Weimarer

Republik nicht nationalistisch genug, weshalb Ludendorff und Hitler in Bayern und nicht in Preußen den fruchtbarsten Boden für ihre reaktionäre Agitation fanden.

Auf der anderen Seite kann sich Bayern seit der Ära des Grafen Montgelas 1805¹³⁷ einer ausgesprochen liberalen Tradition rühmen, die oft von den Wittelsbacher Monarchen unterstützt wurde. Dieser bayerische Liberalismus hat zwei ausstrahlende Zentren, die Universitäten München und Erlangen sowie die Künstlerkolonie Schwabing. Diese Universitäten haben eine lange Reihe hervorragender liberaler Gelehrter von dem Philosophen Schelling bis zu dem liberalen Nationalökonomem Lujo Brentano hervorgebracht. Diese beiden Zentren haben eine mächtige Anziehungskraft auf Liberale aus allen Teilen Deutschlands ausgeübt. Vor 120 Jahren schrieb Goethes Freund Varnhagen von Ense über Bayern: „Das große Bildungsaufstreben ist hier [, außer dem Könige selbst,] fast nur den Fremden und Protestanten vertraut [, das alte Münchner Publikum ist roh und starr,] und die katholische Volksgesinnung widersetzt sich dem Neuen ablehnend und bekämpfend¹³⁸.“ So ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Aber aus eben diesem Grunde wurde die Universität München eine der fortschrittlichsten und einflußreichsten Hochschulen Deutschlands, und Schwabing wurde ein Synonym für Fortschritt, ein deutsches Montmartre.

Der bayerische konservative Klerikalismus wurde durch den kritischen Geist Schwabings, der Universitäten und Akademien ausgeglichen. Es gab keine Gefahr einer politischen Reaktion, solange es einen progressiven Protestantismus, ein aktives geistiges Leben in den Universitäten und ein lebendiges Schwabing gab. Sollten diese Stützen des liberalen Geistes zusammenbrechen, dann deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die beherrschenden deutschnationalen, reaktionären und ‚verpreußten‘ Kräfte die Tür zur Demokratie und zum geistigen Fortschritt zuschlagen werden.

Die bayerische politische Reaktion. Vielleicht ist es unter den gegenwärtigen Umständen ungerecht, den bayerischen politischen Parteien vorzuwerfen, daß sie keine Wurzeln in den Massen in Bayern geschlagen haben. Die Tatsache jedoch bleibt bestehen, daß sie nicht die Sozialstruktur des Volkes widerspiegeln und daß die von ihnen aufgestellten und veröffentlichten Programme nicht dem wirklichen Denken, Fühlen und den Wünschen der großen Menge der Bayern entsprechen. Diese Lage hat unter den Berufspolitikern eine eigentümliche Spezies geistiger Unehrlichkeit hervorgebracht. Sie nehmen ihre Zuflucht wieder zu kleinlichem Gezänk untereinander, zu einer leeren politischen Arithmetik, und im übrigen halten sie lange Reden, aber nicht etwa über praktische Verwaltungsmaßnahmen, sondern über die abstrakten politischen Ideologien der Vergangenheit, die den durchschnittlichen bayerischen Bauern, Kleinbürger und Intellektuellen abstoßen.

Seit der Unterdrückung der bayerischen Königspartei¹³⁹ verfügt die Christlich-Soziale Union über eine absolute und überwältigende Mehrheit, die gewöhnlich auf 65% der Wahlberechtigten geschätzt wird. Unter Dr. Josef Müllers Führung ist diese Partei zu einem Sammelbecken heterogener Kräfte geworden, die noch nicht integriert sind. Die alte Bayerische Volkspartei, wie sie von Fritz Schäffer, dem abgesetzten bayerischen Ministerpräsidenten, repräsentiert wird, ist noch immer das beherrschende Element. Was denkt das typische Mitglied dieser Partei, wie man es unter Lehrern, Richtern, Anwälten, Ministerialbürokraten und Gemeindebeamten trifft?

Jeder, der nicht zur „Zunft“ gehört, anti-klerikal, kein Nationalist oder Militarist ist

¹³⁷ Maximilian Graf Montgelas (1759–1838), geh. Staats- und Konferenzminister, engster Berater Maximilians I. Joseph seit 1805 bei der Expansion und Zentralisierung Bayerns.

¹³⁸ Die eingeklammerten Satzteile sind in Dorns Übersetzung nicht berücksichtigt. Hier nach Karl August Varnhagen von Ense an Rahel Varnhagen vom 9. 9. 1827 aus München, in: Ludmilla Assing-Grimelli (Hrsg.): Briefwechsel zwischen Varnhagen und Rahel, Bd. 6, Leipzig 1875, S. 157.

¹³⁹ Vgl. II.3.5.

oder das alte kaiserliche, reaktionäre Deutschland nicht als den bestmöglichen Ausdruck deutschen politischen Lebens bestätigt, wird verurteilt und offen oder geheim bekämpft. Es ist unter der Würde des eingewurzelten Bayern, mit den „Amis“, wie die Amerikaner genannt werden, engere Beziehungen zu unterhalten. Weil die Deutschen keine Freunde in Europa haben und weil die übrige Welt alles Deutsche verabscheut, müssen sich die Deutschen aus eigener Kraft ohne Hilfe von außen helfen, auch wenn dies den Rückgriff auf militärische Mittel erfordert, und sie dürfen dabei auf die großen Bewegungen in der Weltpolitik keine Rücksicht nehmen. Wir sind ein friedliebendes Volk und damit basta. Fritz Schäffer, dessen Ansichten für das durchschnittliche CSU-Mitglied ziemlich repräsentativ sind, sagte vor kurzem: „Sie sprechen von bayerischen politischen Parteien. Was für ein Unsinn! Es gibt in Bayern heute nur zwei politische Parteien: Die einen sind für und die anderen gegen die Amerikaner.“ Gemeint ist, er und seine Freunde seien gegen die Amerikaner, während Dr. Hoegner und die SPD für sie seien und glaubten, daß ein freundliches Verhältnis mit der Besatzungsmacht wünschenswert sei. Dies sei, sagt man unter den Freunden Fritz Schäffers, völlig verkehrt, weil die Amerikaner beabsichtigten, den Bayern fremde und korrumpierende demokratische Institutionen zu oktroyieren. Die Amerikaner, sagt man, sind bei ihrer Entnazifizierung auf gefährliche Weise kurzsichtig, denn diese Politik habe aus dem öffentlichen Dienst alle guten bayerischen Kräfte und aus der Wirtschaft alle Experten und erfahrenen Manager ausgeschaltet. Die Christlich-Soziale Union müsse jetzt versuchen, das zu verhindern, wie es Fritz Schäffer solange zu verhindern suchte, als er bayerischer Ministerpräsident war¹⁴⁰.

Mit Ausnahme bestimmter Kräfte im öffentlichen Dienst haben die meisten Bayern nicht den Mut, zu offener Sabotage überzugehen. Aber innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes sagt eine wachsende Zahl von Bayern: „Je schneller sich die Lage verschlechtert, um so besser. Je weniger heute erreicht wird, um so offensichtlicher wird es, daß die Regierung Hoegner – und damit die Amerikaner – nichts erreichen können. Lieber überhaupt keinen Wiederaufbau als einen demokratischen.“ Tatsächlich gehen bayerische Beamte, gestützt auf solche Elemente in der Bevölkerung, zur Obstruktion, zu Verzögerungen und zur Schaffung von Schwierigkeiten bei der Ausführung von Landesmaßnahmen über. Dr. Hoegner bekannte mir, er könne sich auf einige seiner unmittelbaren Kollegen von der CSU, darunter [seinen Staatssekretär Dr. Anton] Pfeiffer, nicht mehr verlassen.

Dies sind die häufigsten Vorwürfe gegen die amerikanische Militärregierung:

1. Es gibt keine Bemühung um eine Währungsreform.
2. Sie tut nichts, um die Besatzungszonen abzuschaffen.
3. Sie unternimmt keine ernsthaften Bemühungen, um polnische, ungarische, jüdische DP's daran zu hindern, deutsche Bauern auszurauben.
4. Sie zerstört die Grundlagen der Konsumgüterindustrie, z. B. die Zementwerke, die für den Wiederaufbau unerläßlich sind.
5. Sie läßt es zu, daß UNRRA-Vorräte in den schwarzen Markt sickern.
6. Sie blockiert legitime Zahlungen an die Kriegsverwundeten und Kriegsinvaliden.
7. Ihre Beschlagnahmen haben die Wohnungsnot katastrophal gemacht.
8. Die Entnazifizierung zerstört den bayerischen Mittelstand der kleinen Kaufleute.
9. Die Entnazifizierung verhindert die Wiedereröffnung der Oberschulen.
10. Die Entnazifizierung hat die Grundschulen lahmgelegt, indem sie 60 bis 70% der Lehrer an Volksschulen ausgeschaltet hat.
11. Nach der Ausschaltung von 60 bis 80% ihrer Professoren können die Universitäten nicht arbeiten.

¹⁴⁰ Dorns Hauptanklagepunkt gegen Schäffer, der zu dessen Entlassung führte, war, er habe die Entnazifizierungsbefehle der Militärregierung umgangen. Vgl. Niethammer, Bayern 1945, a. a. O., S. 204 f.

12. Sie ist Schuld an der Demoralisierung der jungen deutschen Frauen, weil sie Beziehungen zwischen Soldaten und deutschen Mädchen erlaubt.

Egal, ob diese Anklagen begründet sind oder nicht; sie bilden die öffentliche Meinung überall in Bayern, auf dem Lande ebenso wie in den Städten, und die Stimmung wird von der neonazistischen Propaganda geschürt.

Sogar Leute, die noch im Mai 1945 zwar passiv, aber gegen die Nazis waren, vertreten nun derartige Ansichten. Die Besatzungsmächte schafften keine Ordnung, was Hitler wenigstens getan habe. Was Kästner und Hans Habe¹⁴¹ in der Neuen Zeitung schreiben, verletze die deutsche nationale Würde und sei zersetzend. Diese öffentliche Meinung will von den Nürnberger Prozessen nichts hören. Ihr erscheint es ungerecht, die Generäle Keitel und Jodl, die Admirale Raeder und Dönitz anzuklagen.

Ich will hier nur darauf hinweisen, daß diese Mentalität unter den Bayern für die Zwecke der Militärregierung viel gefährlicher ist als die Machenschaften einzelner Nazis wie der Werwolf- oder Edelweiß-Abenteurer. Gewiß, die Bayern verurteilen alles, was offensichtlich mit den Nazi-Verbrechern identifiziert ist. Keiner übt ernsthaft Sabotage gegen die Besatzungsmacht. Die Naziführer haben allen Kredit verloren. Aber *diese* öffentliche Meinung muß, gerade weil sie gemäßigt ist und oft einleuchtende Gründe vorbringt, ernstgenommen werden, wenn wir den Deutschen mehr beibringen wollen als die äußere Form demokratischer Institutionen. Dieser Geist gefährdet die künftige deutsche Demokratie, unterminiert den moralischen Kredit der Besatzungsmacht und wird in der russischen Zone als Prestigeverlust der Amerikaner ausgenutzt.

Nur wenige Bayern sind sich der Gefahr dieser öffentlichen Meinung für Bayern selbst bewußt, die ja auch die Beamten in den Landesministerien und in den regionalen und örtlichen Verwaltungsbehörden beeinflusst. Diese Beamten riskieren nichts, denn die Fachleute unter ihnen sind überprüft oder unentbehrlich, und in einigen Monaten wird die Regierung Hoegner von einer überwältigenden Mehrheit hinausgefeßt worden sein. Diejenigen, die sich vom Verwaltungsapparat abseits halten, fragen sich, warum sie etwas in einem öffentlichen Amt aufs Spiel setzen sollten, da sie sich ausrechnen können, daß sie nach den Wahlen entlassen werden. Vorsicht ist das Losungswort in ganz Bayern. Die Amerikaner, so wird immer wieder gesagt, sind Demokraten; sie werden die Regierung der CSU als der stärksten Partei übergeben. Deshalb ist jeder in Gefahr, der jetzt im Vordergrund steht. Wer wird die Amtsträger nach den Wahlen schützen? Das ist die Stimmung gerade auch unter CSU-Leuten in der neuen bayerischen Bürokratie vom Ministerialrat hinab bis zum letzten Gemeindebeamten.

Man braucht keine lange Erfahrung, um zu sehen, daß die bayerischen Bauern und Kleinbürger sich sehr gern auf ihre Staats- und Gemeindebeamten stützen. Aber wer sind diese Beamten, abgesehen von dem oben erwähnten Typ? Ein Teil der Landräte, die seit Mai 1945 ernannt worden sind, sind keine Einheimischen, darunter viele Preußen. Trotz ihrer Leistung gewinnen viele von ihnen wenig Achtung. Vor einigen Monaten warfen mehrere schwer Belastete den Landrat N. in der Oberpfalz mit Gewalt hinaus. Der Regierungspräsident mischte sich nicht ein, und die fraglichen Personen blieben unbestraft. Man muß zugeben, daß die unverhältnismäßig zahlreichen SPD-Mitglieder, die jetzt Stellungen in den Stadt- und Kreisverwaltungen einnehmen, alles andere als imponierend sind. Die bayerische SPD leidet deutlich an einem Mangel an Talent. Das durchschnittliche SPD-Mitglied im Amt hat weder ein wirklich sozialistisches Bewußtsein noch ein wirklich demokratisches Programm. Es sind Seeleute ohne Kompaß. Die große historische Tradition, die der SPD-Vorstand in Berlin begründete und die auch in ganz Bayern empfunden wurde, ist heute verblichen. Heute findet Berlin in der [US-]Zone kein Echo. Die bayerische SPD weiß in der Tat heute nicht, was sie will – und vielleicht kann sie es nicht wissen.

¹⁴¹ Major der Abteilung für Psychologische Kriegführung; Chefredakteur der „Neuen Zeitung“; später Romancier und konservativer Kolumnist.

Bayerische Intellektuelle und öffentliche Meinung. Manche Leute neigen dazu, das Problem Bayern mit der Bemerkung abzutun, daß man sich mit den Gegebenheiten abfinden müsse. Aber die wirkliche Schwierigkeit liegt woanders. Die Deutschen sind erziehbar, nach dem Franzosen Jacques Rivière¹⁴², der ein äußerst tiefeschürfendes Buch über den deutschen Charakter geschrieben hat, sogar unendlich erziehbar. Aber die Wahrheit ist, daß es weder der Regierung Hoegner noch der Militärregierung gelungen ist, die volle Unterstützung der bayerischen Intellektuellen zu gewinnen, die jetzt vielmehr im Schweigen verharren und abseits stehen. Kein kultivierter Intellektueller tritt in Bayern leicht der SPD bei, die hier eine ausgesprochene Arbeiterpartei ist, weil er mit einem traditionellen Vorurteil gegen akademisch ausgebildete Leute rechnen und sich unter das Joch eines oft ungebildeten Parteisekretärs beugen müßte. Aber auch der CSU treten Akademiker, mit deutlichen Ausnahmen, nicht bereitwillig bei, weil sie nicht wünschen, sich mit der Sache des Klerikalismus zu verbinden. Folglich bleiben sie politisch isoliert.

Die deutschen Intellektuellen setzten sich der Verachtung der übrigen Welt aus, weil sie sich in dem Glauben, 1933 habe nur die Alternative zwischen Kommunismus und Nationalismus bestanden, der Harzburger Front zuwandten, ohne zu bemerken, daß sie sich damit Hitler auslieferten. Die meisten von ihnen waren nicht besser als die anderen Imperialisten und Nationalisten von 1933. Die Unbeugsamen wanderten aus, und diese Auswanderung hat ihre Reihen sehr gelichtet. Nach 1933 gingen viele, unter ihnen Furtwängler, Pinder, Andreas, Hellpach und Praetorius¹⁴³, aus Schwäche oder aus Hoffnung auf Vorteile zu den Nazis über. Es ist jedoch beruhigend zu erfahren, daß so viele führende Intellektuelle – Alfred Weber, Jaspers, Radbruch, Oncken, Meinecke, Hans von Eckhardt¹⁴⁴ – keinen Kompromiß eingegangen sind. Sicher wäre es absurd, den deutschen Widerstand zu übertreiben, aber wo es Widerstand gab – die Münchner Studentenrevolte¹⁴⁵ und der Putsch des 20. Juli –, entstand er aus dem Lager der Intellektuellen. Die authentischen Urheber des letzteren waren Professor Popitz, Dr. v. Hassell, Dr. Mierendorff, Dr. Haubach und Dr. Goerdeler¹⁴⁶.

Die bayerischen Intellektuellen sind jetzt bedrückt, unterernährt und schwach. Sie sind bisher nicht wirklich angesprochen worden. Ihr geistiger Hunger ist nicht geringer als ihr physischer. Es ist unmöglich, unter den Deutschen eine neue demokratische Welt ohne Gedanken, Tatsachen und Wissen zu bauen. Ohne diese können sie weder die Nürnberger Prozesse verstehen noch den militaristischen Geist ihrer Landsleute bekämpfen. Sie haben auch nicht die allerelementarsten Kenntnisse von dem, was in der Außenwelt, in England und in den Vereinigten Staaten, während der vergangenen zwölf Jahre geschehen ist. Hier ist Aufklärung dringend. General McClures Büchereien sind ein glänzender Anfang¹⁴⁷.

¹⁴² Jacques Rivière: *L'Allemand*, Paris 1918.

¹⁴³ Wilhelm Furtwängler, Dirigent, Leiter der Berliner Philharmoniker 1922–1945; Wilhelm Pinder, Kunsthistoriker, seit 1935 in Berlin; Willy Andreas, Historiker in Heidelberg; Willy Hellpach, Mediziner und Psychologe in Heidelberg, badischer Kultusminister und Staatspräsident, MdR der DDP; Emil Praetorius, Illustrator, Vizepräsident, später Präsident der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in München.

¹⁴⁴ Alfred Weber, Soziologe und Kulturphilosoph in Heidelberg; Karl Jaspers, Philosoph in Heidelberg; Gustav Radbruch, Strafrechtler und Rechtsphilosoph in Heidelberg, Reichsjustizminister (SPD); Hermann Oncken, Historiker, zuletzt in Berlin; Friedrich Meinecke, Historiker, zuletzt in Berlin; Hans Felix von Eckardt, Soziologe in Heidelberg, 1945/46 im bayerischen Kultusministerium.

¹⁴⁵ Studentengruppe um die Geschwister Scholl und den Philosophen Kurt Huber, die 1943 Flugblätter unter dem Signum „Die weiße Rose“ verbreitete.

¹⁴⁶ Die Einbeziehung von Popitz, v. Hassell und Goerdeler zeigt, daß Dorn unter „Intellectuals“ z. T. auch einfach ‚Gebildete‘ verstanden wissen wollte.

¹⁴⁷ Gemeint sind von der Information Control Division für Deutsche aufgebaute Bibliotheken,

Ich darf kurz einige Bemerkungen deutscher Intellektueller wiederholen, um ihre abgrundtiefe Unwissenheit, in die sie Hitlers Zensur geworfen hat, zu veranschaulichen. Die Äußerung Rehms, einst Rektor der Universität München, deutsche Universitäten könnten nichts von der Außenwelt lernen, ist typisch. Ein anderer bemerkte, daß die Amerikaner von den Bestialitäten der Konzentrationslager sprächen, aber in Wirklichkeit die IG-Farben-Industrie meinten. Wieder ein anderer sagte, daß die verbrecherische SS nicht deutsch gewesen sei, sondern zu einer anderen Rasse gehöre, die mit ihm persönlich überhaupt nichts zu tun habe. Wieder ein anderer sagte, wehe der Welt, in Schuld verstrickt, wie sie ist, wenn sie Deutschland richtet, denn sie wird später Buße tun müssen. Protestantische Theologen sagen, daß die ganze Welt, insbesondere ihr angelsächsischer Teil, mit Schuld bedeckt sei; alle Kirchen, nicht nur die deutsche, trügen eine gemeinsame Verantwortung. Sicher, Hitler wird gehaßt und verurteilt, aber Angriffskriege werden nicht verurteilt. Sie werden als Machtpolitik abgetan, und angeblich ist die ganze moderne Welt von Machtpolitik beherrscht. Diese Leute wissen nichts über die soziale Entwicklung der modernen Welt außerhalb Deutschlands, nichts von der Regierung Roosevelt, nichts von dem Fortschritt der Naturwissenschaft und des Wissens. Die Welt des Auslands ist vor ihnen wirklich hinter einem „eisernen Vorhang“ verborgen. – Eine demokratische Besatzungsmacht wie die Vereinigten Staaten kann keinen anderen Standpunkt einnehmen, als daß allein Wissen die Deutschen freimachen kann.

Die Universität München. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung hat die Militärregierung einen nahezu nicht wieder gut zu machenden Fehler begangen, indem sie die alte Universität München und andere Hochschulen wiederbelebte. Anstatt eine Gruppe politisch verlässlicher und energischer Professoren mit dem Aufbau einer wirklich demokratischen Universität zu beauftragen, hat die Militärregierung versucht, die *alte* Universität München wiederherzustellen, ohne Nazis natürlich. Was war das Ergebnis? Es werden keine Lehrstühle besetzt, solange auch nur die geringste Möglichkeit besteht, daß dieser oder jener Nazi-Professor doch noch entlastet werden könnte. Das hat sich bisher als unübersteigbare Hürde für die Schaffung einer demokratischen und antimilitaristischen Universität erwiesen. Dieselbe Feststellung trifft auch für viele Gymnasien zu. Professoren und Dozenten stehen zur Verfügung. Die Universitäten Breslau und Königsberg gibt es nicht mehr. Dutzende fähiger Anti-Nazi-Gelehrter aus Wien und Berlin hätten bereitwillig einen Ruf nach München angenommen. Viele von ihnen haben sich beworben. Die Antwort lautete immer gleich: Man müsse abwarten, ob dieser oder jener Nazi-Professor noch „entlastet“ werden könnte und würde. Es herrschte die eigentümliche Auffassung, daß die Lehrstühle für die Leute des Naziregimes freigehalten werden müßten, eine Auffassung, die an geistliche Pfründen und Sinekuren der katholischen Kirche vor der französischen Revolution erinnert.

die späteren „Amerika-Häuser“. Vgl. Henry P. Pilgert: The History of the Development of Information Services through Information Centers and Documentary Films, Hist. Div. HICOG 1951, S. 7 ff.